



500.4

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung

2219-09.99
für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

20^{ter} Jahrgang 1833.



Braunschweig,

gedruckt in der Herzogl. Waisenhaus-Buchdruckerei.

I.

S n h a l t

der

in der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung vom Jahre 1833 enthaltenen Nummern.

- | | | |
|------|------|--|
| I. | (1.) | V erordnung, die Geschäftsführung und Vertheilung der Geschäfte bei den mit zwei Beamten besetzten Aemtern betreffend. d. d. Braunschweig, den 2. Januar 1833. |
| II. | (2.) | Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betr. d. d. Br. den 7. Januar 1833. |
| | (3.) | Bekanntmachung eines Bundesbeschlusses vom 29. Nov. 1832, Pressmißbräuche betr. d. d. Br. den 9. Januar 1833. |
| III. | (3.) | Bekanntmachung, die Ernennung der Präsidenten der Wahlcollegien, Behuf Leitung der Wahlen zu dem nächsten Landtage betr. d. d. Br. den 14. Januar 1833. |
| IV. | (4.) | Circularrescript an die Herzogl. Kreisgerichte und Aemter, die dienstliche Stellung der beeidigten Protocollführer betr. d. d. Br. den 4. Februar 1833. |
| V. | (5.) | Verordnung wegen des, hinsichtlich der, im §. 9. des Gesetzes vom 15. October v. J., über die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, erwähnten Hypothekbestellungen u. zu beobachtenden Verfahrens. d. d. Br. den 21. Februar 1833. |

- VI. (6.) Verordnung, die Declaration und Erweiterung einiger Bestimmungen der allgemeinen Cartell-convention unter den Deutschen Bundesstaaten betr. d. d. Br. den 8. März 1833.
- VII. (7.) Declaration der unterm 13. Aug. v. J. erlassenen Postordnung. d. d. Br. den 28. März 1833.
- VIII. (8.) Agnatische Anordnung, die über das Vermögen des Herzogs Carl angeordnete Curatel betr. d. d. St. James's, den 6. Februar und Br. den 14. März 1833.
- IX. (9.) Gesetz, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-Impfung betr. d. d. Br. den 30. März 1833.
- X. (10.) Verordnung, die Berufung der nächsten Ständeverversammlung betr. d. d. Braunsch., den 18. April 1833.
- (11.) Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die in Umlauf gekommenen falschen Doppel-Wilhelmsdor betr. d. d. Br. den 15. April 1833.
- XI. (12.) Gesetz, die bei dem Ausbruche der Blatternkrankheit zu beobachtenden polizeilichen Maaßregeln betr. d. d. Br. den 9. April 1833.
- XII. (13.) Verordnung, die Modification des §. 135 der allgemeinen Gewerbe- und Gilde-Ordnung in Beziehung auf die Wittwen von Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeistern betr. d. d. Br. den 5. Juni 1833.
- XIII. (14.) Gesetz, das bei der Besteuerung des inländischen Brannteweins zum Grunde zu legende Verhältniß zwischen der Maische und dem reinen Produkte betr. d. d. Br. d. 17. Juni 1833.
- XIV. (15.) Gesetz über die Einführung eines mit dem Königreiche Hannover gemeinschaftlich angeordneten Kornzolles. d. d. Br. den 24. Juni 1833.
- XV. (16.) Circularrescript an sämtliche H. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, den Geschäftsgang bei Ausfertigung der Erkenntnisse in Forst- und Jagdstrafsachen betr. d. d. Br. den 3. Apr. 1833.
- (17.) Circularrescript an sämtliche H. Kreisgerichte, die Festsetzung einiger bei denselben zu erhebenden Sportelsätze betr. d. d. Br. den 13. April 1833.

R e g i s t e r.

v

- (18.) Circularrescript an sämtliche H. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, die Competenz der Gerichte bei Prodigalitäts-Erklärungen betr. d. d. Br. den 8. Juli 1833.
- XVI. (19.) Gesetz, die zu Bevern und Braunschweig zu errichtenden Besserungs- und Arbeitsanstalten betr. d. d. Br. den 29. Juli 1833.
- (20.) Verordnung, die zu Bevern zu errichtende Besserungs- und Arbeitsanstalt betr. de eod. d.
- (21.) Gesetz, die obere Verwaltung der Straf-, Gefangenen- und Besserungsanstalten betr. d. d. Br. den 29. Juli 1833.
- XVII. (22.) Verordnung, die Bestimmung der Verhältnisse der bei den Gerichten des Landes zugelassenen Auditoren betr. d. d. Br. den 30. Juli 1833.
- XVIII. (23.) Verordnung, die Unterdrückung der in Zwickau erscheinenden Zeitschrift „die Biene“ betr. d. d. Br. den 16. Aug. 1833.
- XIX. (24.) Instruction für die zur Kuhpocken-Impfung befugten Medicinalpersonen.
- XX. (25.) Bekanntmachung, die Bestallung des Landyndicus betr. d. d. Br. den 26. Octbr. 1833.
- XXI. (26.) Verordnung, den mit dem Königreiche der Niederlande über eine gänzliche Freiheit von Abzugsteuer der gegenseitigen Unterthanen abgeschlossenen Vertrag betr. d. d. Br. d. 28. Oct. 1833.
- XXII. (27.) Verordnung, den mit der schweizerischen Eidgenossenschaft über eine wechselseitige allgemeine Freizügigkeit abgeschlossenen Vertrag betr. d. d. Br. den 9. Novbr 1833.
- XXIII. (28.) Verordnung, das Verbot der in Stuttgart erscheinenden Neckarzeitung betr. d. d. Br. den 16. Decbr. 1833.
- XXIV. (29.) Verordnung, die Trennung des Vorwerks Nortenhof von Uessingen und der Gemeinde Steterburg von Thiede, und die Vereinigung von Nortenhof und Steterburg in eine Gemeinde, in polizeilicher Hinsicht, betr. d. d. Br. den 27. Decbr. 1833.

II.

Alphabetisches Verzeichniß

zur

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung von 1833.

A.	Seite
Abzugssteuer, den über eine gegenseitige Freiheit von derselben mit dem Königreich der Niederlande geschlossenem Vertrag betr.	129 — 130
Aemter, die Geschäftsführung ic. bei den mit zwei Beamten besetzten	1 — 4
Auditoren, die Bestimmung der Verhältnisse derselben	95 — 98
B.	
Besserungs- und Arbeitsanstalten, die zu Bevern und Braunschweig zu errichtenden	79 — 83
Besserungs- und Arbeitsanstalt, die zu Bevern errichtete	84 — 91
Biene, die Unterdrückung der sogenannten Zeitschrift .	99 — 100
Blatternkrankheit, die beim Ausbruche derselben zu beobachtenden polizeilichen Maaßregeln	51 — 54
Branntwein, das bei der Besteuerung des inländischen zum Grunde zu legende Verhältniß zwischen der Maische und dem reinen Producte	59 — 61
C.	
Carl, Herzog, die über das Vermögen desselben angeordnete Curatel	31 — 34
Cartell-Convention, allgemeine unter den Deutschen Bundesstaaten, die Declaration und Erweitzung einiger Bestimmungen derselben	19 — 22

R e g i s t e r.

VII

F.	Seite
Forst- und Jagdstrafsachen, den Geschäftsgang bei Ausfertigung der Erkenntnisse in denselben betr. . .	71 — 75
Freizügigkeit, den mit der schweizerischen Eidgenossenschaft deshalb abgeschlossenen Vertrag betr. . . .	131 — 133
H.	
Hypothekbestellungen 2c., das dabei zu beobachtende Verfahren betr.	17 — 18
K.	
Kornzoll, den mit dem Königreiche Hannover gemeinschaftlich angeordneten betr.	63 — 69
Kuhpocken = Impfung, die allgemeine Einführung derselben	35 — 45
Kuhpocken = Impfung, Instruction für die zu selbiger befugten Medicinalpersonen	101 — 107
L.	
Landsyndicus, dessen Bestallung	109 — 127
M.	
Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeisters = Wittwen, die Modification des §. 135 der Gildeordnung in Beziehung auf dieselben	55 — 57
Ministerial = Commission, die Ernennung der Mitglieder derselben	5 — 7
N.	
Neckarzeitung, das Verbot der in Stuttgart erscheinenden betr.	135 — 136
Nortenhof, die Trennung dieses Vorwerks von Uefingen, der Gemeinde Steterburg von Thiede und die Vereinigung von Nortenhof und Steterburg in eine Gemeinde, in polizeilicher Hinsicht . . .	137 — 138
P.	
Postordnung, Declaration derselben	23 — 28

VIII

R e g i s t e r.

	Seite
Pressmißbräuche, der desfallsige Bundesbeschluß vom 29. Novbr. 1832	8
Prodigalitäts-Erklärungen, die Competenz der Ge- richte in Beziehung auf dieselben	76 — 77
Protocollführer, deren dienstliche Stellung	13 — 14
C.	
Ständeversammlung, deren Berufung	47 — 48
Spottelsätze, die Festsetzung einiger, bei den Herzogl. Kreisgerichten zu erhebenden	73 — 75
Straf-, Gefangenen- und Besserungsanstalten, die obere Verwaltung derselben	92 — 93
M.	
Wahlen, läandsndische, die Ernennung der Präsidenten der Wahlcollegien Behuf Leitung derselben . .	9 — 11
Wilhelmsd'or, die in Umlauf gekommenen falschen Doppel-	49 — 50

.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 1.

Braunschweig, den 11. Januar 1833.

- (1.) Verordnung, die Geschäftsführung und Vertheilung der Geschäfte bei den mit zwei Beamten besetzten Ämtern betreffend.

D. D. Braunschweig, den 2. Januar 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Nachdem Wir es nothwendig erachtet haben, die größeren Ämter des Herzogthums mit zwei stimmführenden Beamten zu besetzen, finden Wir es angemessen, allgemeine Vorschriften über die Verhältnisse dieser Beamten zu einander, so wie über die Vertheilung der Geschäfte unter dieselben zu erlassen, und Wir verordnen daher Folgendes:

§. 1.

Der erste Beamte ist der Vorgesetzte des gesammten Ämtpersonals, auch des zweiten Beamten oder Amtsassessors; ihm steht die Leitung des Geschäftsganges im Allgemeinen, so wie die Aufsicht über denselben zu, und er ist für die prompte und geregelte Geschäftsführung in allen dem Amte übertragenen Dienstzweigen verantwortlich.

§. 2.

Daneben soll aber jeder der Beamten befugt sein, in dem ihm überwiesenen Wirkungskreise selbstständig zu handeln, und es trifft daher ihn allein die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Art der Ausrichtung der ihm übertragenen Geschäfte und der von ihm erlassenen Verfügungen.

§. 3.

Jedem der Beamten soll es indeß zustehen, in einer

— 2 —

einzelnen ihm übertragenen Sache eine gemeinsame Berathung beider Beamten zu verlangen. Wenn bei einer solchen Berathung die Beamten sich nicht in ihren Ansichten vereinigen, bleibt die Stimme desjenigen entscheidend, zu dessen Geschäftskreise die Sache gehört.

Wenn Wir nun zwar im Allgemeinen dem pflichtmäßigen Ermessen jedes Beamten es überlassen, in welchen wichtigern oder schwierigeren Fällen er eine solche Berathung veranlassen wolle, so soll doch eine gemeinsame Berathung Statt finden, insofern der andere Beamte nicht krank, abwesend oder rechtlich behindert ist:

- 1) wenn eine Verhaftung verfügt,
- 2) eine härtere Strafe als fünf Thaler Geld oder drei Tage Gefängniß erkannt wird, und
- 3) wenn in der Supplicationsinstanz zu erkennen ist.

§. 4.

Die Vertheilung der Geschäfte anlangend, so muß der erste Beamte bei allen Aemtern übernehmen:

- 1) die Beforgung des Hypothekenwesens, insbesondere die Aufsicht über die Führung der Hypothekenbücher,
- 2) die Confirmation der bauerrechtlichen Verträge,
- 3) die Verwaltung des Depositenwesens.

§. 5.

Hinsichtlich aller übrigen den Aemtern übertragenen Geschäftszweige finden Wir zwar nicht angemessen, allgemeine Vorschriften darüber zu ertheilen, welche derselben der erste und welche der zweite Beamte oder Amtsassessor besorgen solle, wollen dagegen die allgemeinen Grundsätze, nach welchen diese Geschäfte unter die Beamten zu vertheilt sind, folgendergestalt feststellen:

- 1) Sämmtliche Verwaltungssachen mit Einschluß der Polizeiverwaltung, der Beforgung der die Kirchen, Pfarren und Schulen betreffenden Angelegenheiten, so wie die Monitur und Abnahme der dabei vorkommenden

- Rechnungen und endlich auch die Controle über denjenigen Officianten, welcher die Amts-Armen-, Wegebesserungs- und Feuer-Cassen-Rechnungen führt, sind von einem Beamten ungetrennt zu übernehmen.
- 2) Sämmtliche bürgerliche Streitsachen, alle Strafsachen, Polizei- und Steuer-Contraventionen, Forst- und Jagdwroren mit eingeschlossen, so wie die Controle über die Führung der Stempel-, Sportel- und Copialien-Rechnung, sind von dem andern Beamten, gleichfalls ungetrennt, zu übernehmen.
 - 3) Die Vormundschaftsachen können zwar sowohl von demjenigen Beamten, welcher die Verwaltungssachen, als von demjenigen, welcher die bürgerliche und Strafrechtspflege besorgt, übernommen, sie können aber nicht unter beide Beamte vertheilt werden.
 - 4) Ein Gleiches gilt von den Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, jedoch mit der Bestimmung, daß jedenfalls alle Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei welchen Minderjährige theilhaft sind, von demjenigen Beamten, welcher die Vormundschaftsachen besorgt, zu übernehmen sind.

§. 6.

In der Supplicationsinstanz hat immer derjenige Beamte zu erkennen, der in der vorigen Instanz nicht erkannt hat.

§. 7.

Durch die obigen Vorschriften wird nicht ausgeschlossen, daß, falls einer der Beamten behindert oder augenblicklich durch seine Geschäfte abgehalten wäre, der Andere die jenem übertragenen Geschäfte, besonders in eiligen Fällen, zu übernehmen hätte, vielmehr ist jeder Beamte hiezu verpflichtet.

§. 8.

Wir geben sämmtlichen mit zwei Beamten besetzten

Aemtern hiedurch auf, eine Vertheilung der Geschäfte auf den Grund dieser gegebenen Bestimmungen sofort provisorisch vorzunehmen und von dieser Vertheilung der ihnen vorgesetzten Kreisdirection Anzeige zu machen. Diese aber hat an Uns über die Angemessenheit der vorgenommenen provisorischen Geschäftsvertheilung zu berichten und Unsere Genehmigung zu derselben einzuholen. Die von Uns genehmigte Geschäftsvertheilung darf ohne Unsere vorherige Bewilligung nicht abgeändert werden.

Indem Wir Uns vorbehalten, nach Maßgabe der zu sammelnden Erfahrungen weitere Vorschriften über diesen Gegenstand zu erlassen, gebieten Wir Allen, welche es angeht, insbesondere den betreffenden Behörden, sich hienach zu achten.

Gegeben Braunschweig, den 2. Januar 1833.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats = Kanzlei = Siegels.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 2.

Braunschweig, den 15. Januar 1833.

- (2.) Bekanntmachung, die Ernennung der Mitglieder der Ministerial-Commission betreffend.

D. D. Braunschweig, den 7. Januar 1833.

Demnach des regierenden Herzogs Durchlaucht gnädigst geruhet haben, neben denjenigen Staatsbeamten, welche von Amtswegen ordentliche oder außerordentliche Mitglieder der Ministerial-Commission sind, für die verschiedenen Sectionen dieser Behörde folgende ordentliche und außerordentliche Mitglieder zu ernennen, nämlich:

- 1) für die Section der innern Landesverwaltung und der Polizei

zu ordentlichen Mitgliedern:

den Landes-Director Pini,

den Hofrath Spieß,

den Finanzrath von Thielau,

zu außerordentlichen Mitgliedern:

den Schagrath von Plessen auf Büstedt,

den Finanzrath Gravenhorst,

den Gutsbesitzer von Gramm auf Volkersheim;

- 2) für die Section der Finanzen und der Handelsangelegenheiten

zu ordentlichen Mitgliedern:

den Geheime-Finanzrath Selwig,

den Cammerrath Schütz,

den Steuerrath Bedemeyer,

zu außerordentlichen Mitgliedern:

den Landdrosten von Gramm,

den Banquier C. D. Lbbbecke,

den Baurath Liebau;

3) für die Section der Justiz

zu ordentlichen Mitgliedern:

den Oberappellationsrath Günther,

den Hofrath Debekind,

den Kreisrichter Rabert,

zu außerordentlichen Mitgliedern:

den Fürstl. Lippeschen Geheimerath und Ober-
appellationsrath, Steuer-Director v. Strombeck,

den Hofrath Henke;

4) für die Section der geistlichen und Schulsachen

zu ordentlichen Mitgliedern:

den Consistorialrath Abt Bank,

den Professor Krüger,

den Pastor Gallentien,

zu außerordentlichen Mitgliedern:

den Professor Petri,

den Pastor Bischoff;

5) für die Section der Militairsachen

zu ordentlichen Mitgliedern:

den Obristen von Wachholz,

den Major Morgenstern,

den Finanzrath Wolf,

zu außerordentlichen Mitgliedern:

den Major von Normann,

den Stabs- und Garnison-Auditeur Krüger;

6) für die Section zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten:

den Oberappellationsgerichts-Vizepräsidenten Weitenkampf,

den Oberappellationsrath Mackensen,

den Geheimen-Cammerrath Sellar,

den Hofrath Brinkmeier,

so wird solches in Gemäßheit des §. 4. des Gesetzes über die Organisation der Ministerial-Commission vom 30. October v. J. hiedurch bekannt gemacht.

Braunschweig, den 7. Januar 1833.

**Herzogl. Braunschweig-Lüneburgisches
Staats-Ministerium.**

Graf von Belthelm. von Schleinitz. Schulz.

(3.) Bekanntmachung eines Bundesbeschlusses vom 29.
November 1832, Press-Mißbräuche betreffend.

D. D. Braunschweig, den 9. Januar 1833.

Nachdem in der 45. vorjährigen, am 29. November v. J. gehaltenen Bundestags-Sitzung beschlossen worden, daß die Vorschriften des provisorischen Bundes-Pressgesetzes nicht nur bei gedruckten, sondern auch bei lithographirten Schriften in Anwendung gebracht werden sollen, so wird Solches zur Nachricht und Nachachtung hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Braunschweig, den 9. Januar 1833.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staats-Ministerium.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 3.

Braunschweig, den 22. Januar 1833.

- (3.) Bekanntmachung, die Ernennung der Präsidenten der Wahl-Collegien, behuf Leitung der Wahlen zu dem nächsten Landtage betr.

d. d. Braunschweig, am 14. Januar 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Demnach Wir die Präsidenten der Wahl-Collegien, behuf der vorzunehmenden Wahlen zu dem nächsten Landtage, in folgender Weise ernannt haben:

- 1) für den ritterschaftlichen Wahlbezirk den Schagrath von Plessen auf Büstedt,
- 2) für den 1sten städtischen Wahlbezirk den Vice-
Domainen-Director Pricellius hieselbst,
- 3) für den 2ten städtischen Wahlbezirk den Oberap-
pellations-Gerichts-Vice-Präsidenten Weitenkamp
zu Wolfenbüttel,
- 4) für den 3ten städtischen Wahlbezirk den Amtmann
Eleve in Süpplingenburg,

— 10 —

- 5) für den 4ten städtischen Wahlbezirk den Reifestallmeister und Postmeister von Hünersdorff zu Königsutter,
- 6) für den 5ten städtischen Wahlbezirk den Amtmann Schüge zu Gandersheim,
- 7) für den 6ten städtischen Wahlbezirk den Cammerbaumeister Haarmann zu Holzminden,
- 8) für den 7ten städtischen Wahlbezirk den Oberforstmeister von Bülow zu Blankenburg,
- 8) für den 1sten ländlichen Wahlbezirk den Landes-Director Pini hieselbst,
- 10) für den 2ten ländlichen Wahlbezirk den Kreis-Director Koch zu Wolfenbüttel,
- 11) für den 3ten und 4ten ländlichen Wahlbezirk den Kreis-Director Cifffeldt zu Helmstedt,
- 12) für den 5ten und 6ten ländlichen Wahlbezirk den Kreis-Director Gerhard zu Gandersheim,
- 13) für den 7ten, 8ten und 9ten ländlichen Wahlbezirk den Kreis-Director Pockels zu Holzminden,
- 14) für den 10ten ländlichen Wahlbezirk den Kreis-Director von Bötticher zu Blankenburg,
endlich
- 15) für das gemeinschaftliche Wahlkollegium, behuf der

— 11 —

Wahl der frei gewählten Abgeordneten, den Landes-
Director Pini,

so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Braunschweig, am 14. Januar 1833.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

No 4.

Braunschweig, den 12. Februar 1833.

- (4.) Circular-Rescript an die Herzoglichen Kreisgerichte und Aemter, die dienstliche Stellung der beeidigten Protocollführer betreffend.

d. d. Braunschweig, am 4ten Februar 1833.

Es sind von einigen Gerichten des Landes über die dienstliche Stellung der bei denselben fungirenden beeidigten Protocollführer und die, selbigen, in Beziehung auf ihre Geschäftsführung, beizulegenden Befugnisse Zweifel erhoben und verschiedene Ansichten geäußert worden.

Wir finden uns hiedurch veranlaßt, zu deklariren, daß die gedachten Functionaire, dem, in den ihnen ursprünglich übertragenen Geschäften begründeten Wirkungskreise gemäß, nur befugt sind, Protocolle unter Leitung eines stimmführenden Gerichtsmitgliedes aufzunehmen, daß ihnen aber die Fähigkeit zu jedem andern, gerichtlichen Glauben erfordernden Actuariatsgeschäfte abgeht, mithin ihnen dergleichen ohne Gefahr der Ungültigkeit desselben nicht anvertrauet werden kann.

Die Herzoglichen Kreisgerichte und Aemter haben sich

daher hienach künftig, sofern sie davon berührt werden,
genau zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Her-
zoglichen Staats = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, am 4ten Februar 1833.

(L. S.)

Herzogl. Braunschweig = Lüneburgisches
Staats = Ministerium.

Graf v. Belthheim. v. Schleinitz. F. Schulz.

Be r i c h t i g u n g e n.

1) Im §. 45 des Wahlgesetzes (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung № 19) ist Zeile 4 und 5 von unten statt zwei Drittel zu lesen: die Hälfte.

2) Im §. 70 des Staatsdienstgesetzes (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung № 21) ist Zeile 14 von unten statt der allegirten §§. 48 und 66 zu lesen: §§. 47 und 65.

Herzogl. Staats-Canzlei.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 5.

Braunschweig, den 26. Februar 1833.

- (5.) Verordnung, wegen des hinsichtlich der, im §. 9 des Gesetzes vom 15ten October v. J., über die Modification der Verordnung vom 26sten März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, erwähnten Hypothekbestellungen u., zu beobachtenden Verfahrens.
D. D. Braunschweig, den 21sten Februar 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u.

fügen hiemit zu wissen:

Im §. 9 des Gesetzes vom 15ten October v. J., über die Modification der Verordnung vom 26sten März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, ist hinsichtlich der Confirmation, Eintragung und Löschung der von den Beamten und Actuarien der Stadtgerichte und Aemter, so wie deren Familien, an den ihnen zugehörigen, innerhalb ihres Gerichtsbezirks belegenen Grundstücken, imgleichen der diesen Personen an solchen Grundstücken zu bestellenden Hypotheken, Bestimmung getroffen worden. Wir wollen nun, zur Sicherung der Vollständigkeit der Hypothekenbücher, hiemit verordnen, daß in den, in dem angezogenen §. erwähnten Fällen zugleich

dem Gerichte der belegenden Sache Nachricht von der erfolgten Eintragung zc. ertheilt werde, damit dieses in den bei demselben geführten Hypothekenbüchern den erforderlichen Vermerk machen könne.

Die Herzoglichen Stadtgerichte und Aemter haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Staats = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 21sten Februar 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. Beltheim. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 6.

Braunschweig, den 15. März 1833.

- (6.) Verordnung, die Declaration und Erweiterung einiger Bestimmungen der allgemeinen Cartellconvention unter den deutschen Bundesstaaten betr.

d. d. Braunschweig, den 8. März 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg zc.

fügen hiemit zu wissen:

Nachdem in der siebenzehnten vorjährigen Bundestagsitzung in Bezug auf die, durch Unsere Verordnung vom 8. April 1831 bekannt gemachte, allgemeine Cartellconvention unter den deutschen Bundesstaaten folgender Beschluß gefaßt worden:

1. Nach den Bestimmungen des Artikels 9 der Cartellconvention vom 10. Febr. 1831 können Gensdarmen, Polizeidiener, Militair- oder Sicherheitswachen und überhaupt alle obrigkeitlichen Personen und Diener sofern in ihrer Dienstobliegenheit die Wachsamkeit auf alle verdächtigen Individuen liegt, keine Prämie ansprechen, wenn sie Deserteure oder von diesen mitgenommene Pferde einliefern.
2. Allen, vor Abschluß der allgemeinen Cartellconven-

tion, desertirten und ausgetretenen, in den Artikeln **1, 2, 3** und **12** bezeichneten, Individuen, sie mögen zu den Truppen oder in die Lande eines Bundesgliedes übergetreten, oder daselbst der ihnen obliegenden militairischen Dienstverbindlichkeit ausgewichen sein, kommt die im **18. Artikel** zugesicherte Amnestie zu.

- 3.** Die am **10. Februar d. J.** abgelaufene einjährige Frist, binnen welcher sich diejenigen, denen die Amnestie zugestanden wird, in Gemäßheit des Art. **18.** der Cartell-Convention zu erklären haben, ist durch den in der **11. diesjährigen Sitzung** gefassten Beschluß, vom **5. April** lauf. Jahres angerechnet, auf weitere sechs Monate — sonach bis zum **5. Octbr. 1832** — verlängert worden. — In Absicht auf Deserteure, die sich in den überseeischen Besitzungen einer Europäischen Macht befinden, welche zugleich Bundesregierung ist, wird die angemessene Verlängerung des Amnestietermins dem billigen Ermessen der Regierungen überlassen.
- 4.** Den in die Militairdienste eines andern Bundesgliedes übergetretenen Individuen steht frei, in denselben zur Ausbienung ihrer eingegangenen Capitulation zu verbleiben, oder aus denselben zu treten, in welchem letztern Falle ihnen die Entlassung nicht verweigert werden darf.

Die Regierungen werden den Militairbehörden auftragen, ihre Untergebenen mit dem Art. 18. der Cartell-Convention und dessen Erweiterung bekannt zu machen, und diejenigen Personen, welche die Wohlthat der Amnestie ansprechen wollen, haben binnen der noch bis zum 5. Octbr. 1832 verlängerten Frist ihrer vorgesetzten Militairbehörde ihre Erklärung zu Protocoll abzugeben, widrigenfalls ihnen vor Ablauf der freiwillig übernommenen Dienstzeit die Entlassung versagt werden kann. Von dieser frei zu Protocoll abgegebenen Erklärung ist die Mittheilung an die Heimathsbehörde zu machen.

5. Bei den Individuen, die in das Gebiet einer nicht zum Bunde gehörigen Macht desertirt sind, und sich von da in Bundesgebiet begeben haben, von welchem sie zurückkehren wollen, wird es der Beurtheilung der betreffenden Regierung überlassen, in wie fern sie nach den hierbei obwaltenden Verhältnissen die Wohlthat der Amnestie nach Art. 18. auf dieselben anwendbar erachtet.
6. Die in dem Art. 18. zugesicherte Amnestie, deren Frist durch Bundesbeschluß vom 5. April d. J. bis zum 5. Octbr. 1832 verlängert worden ist, steht den betreffenden Individuen auch in dem Falle zu, wenn sie in solche Staaten der Bundesglieder entwi-

chen sind, mit welchen schon früher besondere Car-
telle bestanden haben.

so wird derselbe hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht
und die genaueste Befolgung der darin enthaltenen Vor-
schriften sämmtlichen Landesbehörden und einem Jeden,
den es sonst angeht, hierdurch aufgegeben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Her-
zoglichen Staats = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 8ten März 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. Belthheim. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 7.

Braunschweig, den 2. April 1833.

(7.) Declaration der unterm 13. August v. J. erlassenen Postordnung.

D. D. Braunschweig, den 28. März 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Zur Erläuterung und näheren Bestimmung der mit dem 1. April d. J. in Wirksamkeit tretenden Postordnung vom 13. August v. J. erlassen Wir nach angehörtem Gutachten und Rath, so wie unter Zustimmung der zu diesem Ende von Unsren getreuen Ständen besonders beauftragten Ausschüsse der Landschaft, die nachstehenden Bestimmungen:

§. 1.

Obwohl der §. 20 der Postordnung vom 13. August v. J. nur von dem Verhältnisse der Postanstalten zu den Posthaltern handelt, und mithin deren privatrechtliche Verhältnisse zu den Reisenden nicht berührt, so wollen Wir dennoch, zur Vermeidung etwaniger Zweifel, hiedurch ausdrücklich erklären, daß durch den gedachten Paragraphen die Bestimmung des §. 11 der Verordnung vom 14. November 1825, zufolge welcher die Posthalter den Reisenden für den Schaden, welcher denselben durch Nach-

lässigkeit, Ungeschicklichkeit oder Trunkenheit der Postillone zugefügt werden sollte, mit Vorbehalt des Regresses gegen diese, einzustehen verpflichtet sind, keineswegs abgeändert sein soll.

§. 2.

Die §§. 29 und 30 der Postordnung erwähnen, bei Feststellung der Entschädigungspflicht, die schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zu bezweifelnde Verbindlichkeit der Postanstalt nicht, bei dem Verluste eines Poststückes, für welches sie Schadenersatz zu leisten hat, auch das empfangene Postgeld zu erstatten, und Wir wollen daher hiemit erklären, daß der Postanstalt diese Verbindlichkeit nach wie vor obliege.

§. 3.

Die im §. 34 der Postordnung bezeichnete Art der Beförderung gehört nur dann zu den ausschließlichen Rechten der Post, wenn sie gegen Lohn statt hat.

§. 4.

Die im §. 44 der Postordnung ausgesprochene Entschädigungsverbindlichkeit und Strafbarkeit der Postillone soll sich auch darauf erstrecken, wenn dieselben durch Forsten, Forstschonungen oder über Änger fahren.

§. 5.

Die Vorschrift des §. 71 der Postordnung über die Glaubwürdigkeit der Protocolle der Postbeamten beschränkt sich auf die Postbeamten erster Classe.

§. 6.

Wenn Geldbriefe und Sachen von Werth auf besonderes Verlangen des Absenders mit der Briefpost versendet werden, so bildet der für recommandirte Briefe festgesetzte Ersatz das Maximum der zu leistenden Entschädigung (§. 102 der Postordnung), und wenn der wirkliche Verlust weniger beträgt als jene, kann nur dieser gefordert werden.

§. 7.

Außer den im §. 107 der Postordnung gegebenen Vorschriften ist bei der Verpackung der Postgüter auch noch zu beobachten, daß ein einzelnes Poststück das Gewicht von 120 Pfund nicht übersteigen darf.

§. 8.

Unter den im §. 128 der Postordnung erwähnten großen Geldsummen sind solche zu verstehen, die 50 R Silber und 500 R Gold nicht übersteigen.

§. 9.

Die Bestimmung, wonach das einfache Briefgewicht $\frac{3}{4}$ Loth beträgt (§. 141 der Postordnung), soll erst alsdann in Kraft treten, wenn eine Verringerung des einfachen Briefgewichts in dem Königreiche Hannover eingeführt werden würde, bis dahin aber das einfache Briefgewicht zu einem Lothe beibehalten werden und die Briefgewichts-Progression von da ab mit einem halben Lothe steigen. (§. 142 der Postordnung.)

Dem gemäß sollen Acten und Processschriften bis zu dem Gewichte von $1\frac{1}{2}$ Loth einschließlich mit der Brief-taxa belegt (§. 153 der Postordnung) und nur schwerere Sendungen dieser Art nach der im §. 154 der Postordnung enthaltenen Gewichts-Progression taxirt werden.

§. 10.

Da die Postanstalten angewiesen sind, mit den Schnellposten Packete bis zu 10 Pfund und Geldsendungen bis zu 50 ₰ einschließlich zu versenden, so wird solches zur Erläuterung des §. 168 der Postordnung hiedurch zur öffentlichen Kunde gebracht.

§. 11.

Daß in §. 216 der Postordnung festgesetzte Lagergeld wird für die ersten drei Tage berechnet.

§. 12.

Wenn in dem §. 220 der Postordnung bestimmt ist, daß den Postbeamten gestattet sein solle, für jeden auszahlenden $\frac{1}{2}$ ₰ an Postvorschuß 6 R Procura-Gebühr bis zu der Summe von 5 ₰ zu erheben, so ist diese Vorschrift so zu verstehen, daß das Maximum der Procuragebühr nie die Summe von 5 ₰ übersteigen kann, wenn auch die Summe so beträchtlich sein sollte, daß, wenn von jedem halben Thaler 6 R erhoben würden, mehr als 5 ₰ zu entrichten sein würden.

§. 13.

In dem §. 231 litt. e. aufgeführten Falle soll es dem Reisenden gestattet sein, innerhalb 24 Stunden nicht nur mit demselben, sondern auch mit einem anderen Lohnfuhrwerke abzureisen.

§. 14.

Zu näherer Bestimmung des §. 268 der Postordnung wollen Wir hiedurch festsetzen, daß Reisende, welche durch Beleidigungen, Drohungen oder Thätlichkeiten sich gegen die im Dienste befindlichen Postbeamten vergehen, nach den in der Verordnung vom 1. November 1830 enthaltenen Grundsätzen zu beurtheilen seien, daß aber dergleichen Vergehungen gegen Posthalter und Postillone nach den Bestimmungen des gemeinen Rechtes, als unter erschwerenden Umständen begangen, zu bestrafen seien.

Obgleich nun ferner aus einer Vergleichung des Schlusses des §. 256 mit dem §. 268 der Postordnung sich ergibt, daß der Postillon, wenn der Reisende ihn unterweges wörtlich oder thätlich beleidigt, seine Klagen auf der nächsten Station anzubringen habe, daß er daher zum Ausspannen nur berechtigt ist, falls solche Beleidigungen am Abfahrtsorte vorkommen, so wollen Wir doch solches hie mit noch ausdrücklich declariren.

Alle, die es angeht, insbesondere die Postanstalten des Landes, haben sich hienach zu achten.

— 28 —

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrudten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Gegeben Braunschweig, den 28. März 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Berichtigungen.

In der Postordnung vom 13. August v. J. sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

- §. 4 ist statt „Post-Fuhr“ zu lesen „Postfuhr.“
- pag. 74 fehlt über der Rubrik: „I. reiner Zufall“ die Paragraphenzahl: §. 23.
- §. 33 ist anstatt „außerordentlicher Vermittelung“ zu lesen „außergerichtliche Vermittelung.“
- §. 43 statt „Die Posten“ zu lesen „die Posten.“
- §. 47 pag. 82 statt „vom 26. Juni 1775“ zu lesen „und 26. Januar 1775“ und statt „vom 22. Januar 1730, vom 22. Januar 1790.“
- pag. 91 in den Paragraphenzahlen statt „§. 28“ ist zu lesen „§. 80.“
- §. 84 statt „des Porto's“ zu lesen „des Portos.“
- §. 85 statt „Will ein Abwesender“ ist zu lesen „Will ein Absender.“
- §. 91 statt „Verzeichnisse“ zu lesen „Verzeichnisse.“
- §. 98 statt „ausgelöscht finden“ lies „ausgelöscht findet.“
- pag. 107 statt „Von den Porto“ lies „Von dem Porto.“
- §. 130 statt „Portofreiheit“ lies „Portofreiheit.“
- §. 177 statt „§. 40“ lies „§. 106.“
- §. 216 statt „212“ lies „§. 83.“
- §. 238 statt „Absendung“ ließ „Abholung.“
- pag. 143 Gattung der Wagen. III. statt „Kvobwagen“ lies „Korbwagen“
- §. 249 „Entschiedigung“ lies „Entscheidung.“
- pag. 167 ist zwischen Wallstedt und Volkenrode Wechselde einzuschalten, mit der Entfernung von 1 $\frac{1}{2}$ Meilen.
- §. 170, neunte Zeile, Pyrmont über Rischenau, statt 3 Meilen, lies 3 $\frac{1}{2}$ Meile.

Dasselbst zehnte Zeile statt Hummersen und Mohle $3\frac{1}{2}$ Meile,
lies Mahle und Hummersen 3 Meilen.

In dem Meilenzeiger:

Von Braunschweig nach Hessen statt 4 Meilen lies $4\frac{1}{2}$ Meile

=	=	= Königsutter =	$2\frac{1}{2}$	=	= $2\frac{3}{4}$	=
=	=	= Lutter c/B =	$4\frac{3}{4}$	=	= $4\frac{1}{2}$	=
=	=	= Seesen =	$6\frac{1}{2}$	=	= $6\frac{1}{4}$	=
=	Fürstenberg	= Lauenförde =	1	=	= $1\frac{1}{4}$	=
=	Sandersheim	= Mühlenbeck =	$1\frac{1}{4}$	=	= $1\frac{1}{2}$	=

Braunschweig, den 28. März 1833.

Herzogl. Staats-Canzlei.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 8.

Braunschweig, den 5. April 1833.

(8.) Agnatische Anordnung, die über das Vermögen des Herzogs Carl angeordnete Curatel betreffend.

D. D. St. James's, den 6. Febr. 1833 und Braunschweig, den 14. März 1833.

Wir, von Gottes Gnaden Wilhelm der Vierte, König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland &c. &c., auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

u n d

Wir, von Gottes Gnaden, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.,

fügen hiemit zu wissen:

Aufgefordert durch die Uns obliegende Fürsorge für das Beste Unsers Fürstl. Gesammthausess, haben Wir, einer zwar höchst beklagenswerthen, jedoch unvermeidlichen Nothwendigkeit nachgebend, nicht länger Anstand nehmen dürfen, darüber in nähere Berathung zu treten, welche Anordnungen das eigene wahre Wohl des Herzogs Carl von Braunschweig Durchlaucht, die Erhaltung des in Seinen Händen befindlichen Vermögens, die Gefährlichkeit und Rechtswidrigkeit der von demselben verfolgten Unternehmungen, und endlich die Rücksicht auf die Ehre und Würde Unsers Fürstl. Hauses erheischen könnten.

Nach Anhörung des Gutachtens einer zu diesem Zwecke von Uns niedergelegten Commission, so wie nach genauer Prüfung der vorliegenden Thatfachen und Rechtsverhält-

nisse und in Erwägung, daß nach Auflösung des Deutschen Reichs die vormalß dem Reichsoberhaupt zustehenden obervormundschaftlichen Befugnisse über die Reichsangehörigen auf die jetzt souverainen Landesherren übergegangen sind, haben Wir sowohl nach den Bestimmungen der Geseze und des Herkommens, als auf den Grund der Uns als souverainen Chefs der beiden Linien des Durchlauchtigsten Gesamtthauses zustehenden Autonomie Folgendes beschloffen und verordnet:

Art. 1.

Aus den Uns vorliegenden notorischen oder zureichend nachgewiesenen Thatsachen haben Wir die Ueberzeugung erlangt, daß des Herzogs Carl Durchlaucht im Begriff steht, durch eben so rechtlich unmögliche, als für ihn und Andere gefährliche Unternehmungen, Sein Vermögen zu erschöpfen, so wie die rücksichtlich desselben erhobenen oder mit rechtlichem Grunde annoch zu erhebenden, wohlbegründeten Ansprüche zu vereiteln, und daß, wenn dieser, hauptsächlich für des Herzogs Carl Durchlaucht Selbst höchst nachtheiligen gänzlichen Verschleuderung Seines Vermögens vorgebeugt werden soll, kein anderes Mittel, als die Anordnung einer Curatel übrig bleibt.

Art. 2.

Von dieser Ueberzeugung ausgehend, und zur Erhaltung des Wohls und der Würde Unsers Hauses verordnen Wir daher, daß dem Herzog Carl von Braunschweig die eigene Administration, so wie die Disposition über Sein Vermögen entzogen, über dasselbe eine Curatel angeordnet und einem der Allerhöchsten oder Höchsten Agnaten Unsers Gesamtthauses übertragen werde, und wollen diese Anordnung in Betracht der vorwaltenden außerordentlichen Umstände hiedurch gemeinschaftlich treffen, wenn gleich das Recht, eine solche Curatel zu bestellen, dem rechtmäßigen Souverain des Herzogthums Braunschweig allein schon zustehen würde.

Art. 3.

Nachdem des Herzogs von Cambridge, Vice-Königs von Hannover, Königl. Hoheit und Liebden, Sich bereit erklärt haben, diese Vormundschaft zu übernehmen, so wollen Wir solche Seiner Königl. Hoheit und Liebden hiedurch übertragen, und werden Seine Königl. Hoheit Sich diese Verordnung statt des Curatoriums dienen lassen.

Art. 4.

Da es der Natur der Verhältnisse nach unthunlich ist, daß der bestellte Fürstliche Curator Selbst die vormundschaftlichen Geschäfte führe, so wollen wir zugleich bestimmen, daß derselbe nur als Obervormund eintrete und ihn hiedurch ermächtigen, nach Seinem Ermessen einen oder mehrere in besonderm Ansehn stehende und befähigte Personen Sich als eigentliche administrirende Untervormünder zu erwählen, solche in Eid und Pflicht zu nehmen, von ihnen im eigenen Namen und unter eigener Verantwortlichkeit alles dasjenige, was Behuf Inventarisirung, Sicherung und Verwaltung des unter Curatel gestellten Vermögens erforderlich ist, thun und verhandeln zu lassen, auch denselben eine ihren Functionen entsprechende Remuneration auszusetzen.

Art. 5.

Die bestellten administrirenden Untervormünder sollen alljährlich dem Fürstlichen Obervormunde über ihre Verwaltung Rechnung ablegen und dieser ersucht werden, Uns die eingegangenen Rechnungen zur Abnahme einreichen zu lassen, auch in den Fällen, wo nach den gesetzlichen Bestimmungen die Zustimmung der obervormundschaftlichen Behörde erforderlich ist, Unsere Genehmigung einzuholen.

Art. 6.

Diese Curatel ist als zu Braunschweig bestellt, rechtlich anzusehen, und soll daher in Beziehung auf Rechtsverfolgung daselbst ihren Sitz haben.

Art. 7.

Diese Verordnung soll durch die Gesetzsammlungen des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunschweig auf die übliche Weise publicirt werden, und Alle, die es angeht, haben sich danach zu achten.

Gegeben St. James's den 6. Februar 1833 und Braunschweig den 14. März 1833.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Insigels.

William. R.

(L. S.)

von Ompteda.

Wilhelm. S.

(L. S.)

von Schleiniß.

Nachdem die Unterzeichneten in der vorstehenden, von Seiner Königlichen Majestät, im Einverständnisse mit Seiner Durchlaucht, dem regierenden Herzoge von Braunschweig, für das eigene wahre Beste des Herzogs Carl von Braunschweig Durchlaucht, die Erhaltung des in Seinen Händen befindlichen Vermögens, die öffentliche Ruhe in den Herzogl. Braunschweigischen und Königl. Hannoverschen Ländern, so wie die Ehre und Würde des Durchlauchtigsten Braunschweig-Lüneburgischen Gesammthausess, getroffenen Dispositionen einen neuen Beweis Allerhöchst- und Höchsthrender Fürsorge für das wahre Wohl desselben mit Dank haben anerkennen müssen, so haben sie nicht unterlassen wollen, Solches, wie hiedurch geschieht, durch Ihre ausdrückliche Erklärung mittelst Ihrer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Wappens feierlich zu bezeugen.

London,

den 6. Februar 1833.

(L. S.) *Ernst.*

Kensington,

den 7. Februar 1833.

(L. S.) *Augustus Frederick.*

Hannover, den 23. Februar 1833.

(L. S.) *Adolphus.*

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 9.

Braunschweig, den 19. April 1833.

(9.) Gesetz, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-
Impfung betreffend.

d. d. Braunschweig, den 30sten März 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm *rc.*

fügen hiemit zu wissen:

Die Schuttkraft der Kuhpocken gegen die verheerende
Seuche der Menschenblattern ist durch eine langjährige Er-
fahrung in so weit bewährt gefunden, als die Geimpften
bis auf wenige Ausnahmen die Empfänglichkeit für die
echten Menschenblattern verloren haben, die weniger einer An-
steckung unterworfen gewesen Personen aber von dieser Krank-
heit meistens nur in einem ermäßigten Grade befallen sind.

Obwohl nun die Schutzblattern-Impfung seit ihrer Ent-
deckung in den hiesigen Landen möglichst befördert und durch
mehrere Verfügungen eingeführt ist, so hat dennoch die hin
und wieder geschehene mangelhafte Ausführung des Impf-
geschäfts die allgemeine Verbreitung und unausgesetzte Fort-
setzung der Schutzblattern-Impfung verhindert, und finden
Wir uns daher bewogen, zur Abwendung der für Unsere
getreuen Unterthanen aus der nicht gleichmäßig statt gefun-
denen Anwendung dieses Schutzmittels entstehenden Gefahr,

nachstehendes Gesetz, nach vorgängiger Anhörung des Rathes und Gutachtens des ständischen Ausschusses, zu erlassen.

§. 1.

Alle Eltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern und Pflegebefohlenen in deren ersten Lebensjahre oder im Fall eines während dieser Zeit eintretenden ärztlich bescheinigten Hindernisses, nach dessen Beseitigung, die Kuhpocken einimpfen zu lassen.

§. 2.

Fremde, welche ihren Wohnsitz in den hiesigen Landen nehmen, sind verpflichtet, sich und die Ihrigen, im Laufe des ersten Jahrs nach ihrer Ankunft, der Kuhpocken-Simpfung zu unterwerfen, insofern nicht durch ärztliche Bescheinigungen dargethan werden kann, daß sie und die Ihrigen die ächten Menschenblattern oder die Kuhpocken überstanden haben, oder drei Male zu verschiedenen Zeiten ohne Erfolg geimpft worden sind.

§. 3.

Die Beforgung des Impfgeschäfts in den Städten, so wie in den Landgemeinden, ist den betreffenden Physiciis übertragen, welche dabei, nach der von Unserm Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium bekannt zu machenden Instruction zu verfahren haben. Sie sind für die Regelmäßigkeit und Vollständigkeit der Impfung verantwortlich, die Polizeibehörden aber verpflichtet, denselben die etwa nöthige polizeiliche Hülfe bei diesem Geschäfte zu leisten.

§. 4.

Den übrigen approbirten Aerzten, und den von Unserm Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium dazu besonders autorisirten Wundärzten erster Classe bleibt das Impfgeschäft zwar ferner gestattet, sie haben jedoch dabei die im vorstehenden §. erwähnte Instruction genau zu beobachten, sind in dieser Beziehung der besondern Controlle des Physicus unterworfen und zu dem Ende verpflichtet, dem letzteren von der geschehenen Impfung und dem zur Revision des Impflings angesetzten Termine zeitig die nöthige Anzeige zu machen, damit derselbe von dem Verlaufe der Impfung sich selbst überzeugen könne. Auch haben sie die Verzeichnisse der von ihnen geimpften Kinder mit der Bemerkung des Erfolgs der Impfung zur vorgeschriebenen Zeit an den Physicus abzuliefern.

Diejenigen, welche diesen Bestimmungen entgegen handeln, haben zu gewärtigen, daß ihnen die fernere Ausübung des Impfgeschäfts von Unserm Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium untersagt werden wird.

Allen hiernach zur Impfung nicht autorisirten Personen ist bei einer Strafe von Zehn Thalern oder verhältnißmäßigem Gefängnisse untersagt, sich mit der Schutzblattern-Impfung zu befassen.

§. 5.

Damit künftig bei der Impfung regelmäßig verfahren, und kein Impfling übergangen werde, haben die mit der

Führung der Geburtsregister beauftragten Behörden vierteljährig, und zwar im Anfange der Monate Januar, April, Julius und October, eine Liste der in dem verflossenen Quartale Gebornen dem betreffenden Physicus zugehen zu lassen, eine Abschrift davon aber Unserm Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium einzusenden, auch haben in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel die Herzogl. Polizei-Directionen, in den Landstädten die Burgemeister, und in den Landgemeinden die Herzogl. Aemter zu derselben Zeit eine Liste der inzwischen eingewanderten Fremden (§. 2) dem Physicus zuzustellen und eine Abschrift davon ebenfalls Unserm Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium einzureichen. Der Physicus trifft hiernächst Bestimmung über Ort, Tag und Stunde der Impfung und der nach sieben und vierzehn Tagen erforderlichen Revision, worauf die Polizeibehörden, wegen Sicherung der Impflinge, sofort das Weitere verfügen.

§. 6.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche ihre Kinder und Pflegbefohlenen nicht an dem gemeinschaftlichen Impforte, sondern in ihrer Wohnung impfen lassen wollen, haben solches dem betreffenden Physicus zeitig genug bekannt zu machen. Sollten sie aber veranlaßt werden, die Impfung wegen eines eingetretenen Hindernisses aussetzen, so haben sie spätestens in dem Impfungstermine die erforderliche Bescheinigung dem Physicus vorzulegen, oder auf sonst genügende Weise die Behinderung nachzuweisen.

§. 7.

Eltern und Vormünder, welche ihre Kinder und Pflegbefohlenen der erhaltenen Vorladung ungeachtet zur Impfung nicht stellen, oder die im §. 6 erwähnten Bescheinigungen nicht beibringen, werden im ersten Falle mit Zwei Thalern oder im Fall des Unvermögens mit verhältnißmäßigem Gefängniß bestraft, bei abermaligem Zurückbleiben wird die Strafe verdoppelt, bei der dritten Contravention aber außer, der dreifachen Strafe, das Kind, wenn nicht dessen Gesundheitszustand ein ferneres Verschieben der Impfung nothwendig macht, durch polizeiliche Hülfe dem Physicus zur Impfung zugeführt.

§. 8.

Die ohne genügenden Grund geschehene Verabsäumung der zur Revision des Impflings auf den siebenten und vierzehnten Tag angesetzten Termine wird jedes Mal mit Einem Thaler oder verhältnißmäßigem Gefängniß bestraft. Der Physicus aber hat in diesen Fällen die Revision in der Wohnung des Impflings vorzunehmen, und erhält dafür jedes Mal eine Vergütung von zwölf Gutegroschen, welche von den Eltern und Vormündern der Impflinge zu berichtigen ist. Daß arme Eltern ihrer Obliegenheit gehörig nachkommen, dafür hat die Polizeibehörde durch geeignete Maßregeln Sorge zu tragen.

§. 9.

Nach beendigter Impfung, d. h. wenn die Schutzblattern richtig verlaufen, und die Impflinge zu den Revisionen am siebenten und vierzehnten Tage nach der Impfung gehörig gestellt sind, hat der Impfarzt dem Geimpften darüber ein Attest zu ertheilen. Ist die Impfung ohne Erfolg geblieben, so wird ein Interimschein ausgestellt, welcher jedoch nur bis zu der vorzunehmenden nächsten Impfung Gültigkeit hat, und bei eintretendem günstigen Erfolge gegen einen regelmäßigen Impfschein, oder nach dreimaligem Fehlschlagen der Impfung gegen einen Freischein vertauscht wird.

§. 10.

Die Physici sind verpflichtet, von den aus irgend einem Grunde von der Impfung zurückgebliebenen oder zum ersten oder zweiten Male ohne Erfolg geimpften Kindern ein besonderes Verzeichniß aufzustellen, solches der Liste für die nächste Impfung anzuhängen und die Vorladung dieser Kinder zu dem für die nächste Impfung bestimmten Termine ebenfalls durch die Polizeibehörde zu bewirken.

§. 11.

Die in den §§. 6, 7, 8, 9 und 10 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf Erwachsene Anwendung, welche

in die von der Polizeibehörde aufzustellenden Impflisten (§. 2 und 7) aufgenommen sind.

§. 12.

Die Geimpften oder deren Eltern und Vormünder haben nach richtig verlaufener oder nach der dritten fehlgeschlagenen Impfung bei Zustellung des Impf- oder Freischeins für die am Wohnorte des Physicus vorgenommene Impfung vier Gutegroschen und für die Impfung an andern Orten acht Gutegroschen zu entrichten. Für die Erneuerung eines Impfscheins, wenn der erste abhanden gekommen ist, wird, Armuthsfälle ausgenommen, eine Gebühr von zwei Gutegroschen bezahlt.

§. 13.

Der Physicus hat nach Anleitung der demselben ertheilten Instruction ein genaues Register über die im Laufe des Jahrs vorgenommenen Impfungen zu führen, solchem die von den übrigen Impfarzten des Physicatsbezirks aufgestellten und an ihn abzuliefernden Register anzuhängen, und dasselbe sodann mit der Bemerkung über die Entrichtung der Gebühr an die betreffende Polizeibehörde abzuliefern. Die Polizeibehörde hat die rückständig gebliebenen Gebühren von den zahlungsfähigen Restanten betreiben, und dem Physicus zustellen zu lassen, zugleich aber das Register nebst einem Atteste über die etwaige Armuth ein-

zelner Restanten an Unser Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium einzusenden. Letzteres hat das Impfregister, über dessen zweckmäßige Einrichtung die §. 3 erwähnte Instruction das Nähere enthält, auf den Grund der demselben zugegangenen Listen der Geborenen und Eingewanderten (§. 5) genau zu prüfen, Mängel und Unrichtigkeiten zu rügen und die Auszahlung der Gebühr für die Impfung amtlich anerkannter Armer aus der Staatskasse zu bewirken.

§. 14.

Die von den Geimpften oder deren Eltern und Vormündern zu entrichtende Gebühr für die auf ihren Antrag in der Wohnung des Impfungs vorgenommenene Impfung und die nachherigen Besuche und Revisionen wird auf einen Thaler festgesetzt.

§. 15.

Die Prediger und Schullehrer haben bei der Aufnahme der Kinder zum Schul- und Confirmationsunterrichte die vorschriftsmäßigen Impfscheine sich vorzeigen zu lassen, und wenn solche nicht vorhanden sind, die betreffenden Polizeibehörden davon zu benachrichtigen, die Kinder aber vor erfolgter und bescheinigter Impfung nicht aufzunehmen. Auf gleiche Weise haben Handwerker und Gewerbetreibende bei der Annahme von Lehrlingen, Gesellen und Gehülfen zu verfahren.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften wird mit einer Strafe von einem Thaler für jeden Contraventionsfall belegt. Die Polizeibehörde aber hat auf desfallige Anzeige, dafür Sorge zu tragen, daß der Physicus das Individuum untersuche, und erforderlichen Falls die Impfung baldigst vornehme.

§. 16.

Fremde, welche als Gefinde in den hiesigen Landen sich vermieten wollen, sollen nur gegen Vorbringung der im §. 2 erwähnten ärztlichen Bescheinigung zur Lösung eines Dienstbuches zugelassen, der Inhalt der Bescheinigung aber soll von der Polizeibehörde in das Dienstbuch eingetragen werden.

§. 17.

Damit nun der durch die Impfung der Kuhpocken beabsichtigte Schutz gegen die Ausbreitung der Menschenblattern schon jetzt möglichst erreicht werde, ist es erforderlich, daß auch die vor dem 1. Januar 1833 Geborenen, welche weder die echten Menschenblattern, noch die Kuhpocken überstanden haben, noch auch zu drei verschiedenen Malen vergeblich geimpft worden sind, sich forderfamst der Kuhpocken-Impfung unterziehen, und da bereits im Jahre 1832 in dieser Hinsicht eine allgemeine Revision der bis zum Jahre 1817 Geborenen angeordnet und zur Ausfüh-

rung gebracht ist, so wird die gegenwärtig anzustellende Revision auf die seit dem 1. Januar 1818 bis zum letzten Decbr. 1832 geborenen Kinder sich beschränken.

§. 18.

Alle Eltern und Vormünder sind demnach verpflichtet, ihre Kinder und Pflégbefohlenen, welche in dem Zeitraume vom 1. Januar 1818 bis zum 31. Decbr. 1832 geboren sind, im Laufe des Jahrs 1833 impfen zu lassen, insofern nicht durch vorschriftsmäßige Bescheinigungen dargethan werden kann, daß diese Kinder entweder die echten Menschenblattern oder die Kuhpocken überstanden haben, oder drei Male zu verschiedenen Zeiten ohne Erfolg geimpft worden sind. Sollte übrigens eine Krankheit des Kindes die Impfung bis zum Schlusse des Jahrs 1833 unthunlich machen, so ist dieselbe nach der Herstellung des Kindes zu einer vom Physicus zu bestimmenden Zeit nachzuholen.

§. 19.

In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel haben die Herzogl. Polizei-Directionen, in den Landstädten die Burgemeister und in den Landgemeinden die Herzogl. Ämter, so weit thunlich unter Buziehung der Physici und auf den Grund der Auszüge aus den Geburtsregistern, welche von den mit der Führung dieser Register beauftragten Behörden von Amtswegen aufzustellen, und an die betref-

fende Polizei-Behörde einzuliefern sind, ferner auf den Grund der beigebrachten Impffcheine und ärztlichen Bescheinigungen auf die geeignetste Weise diejenigen Kinder auszumitteln, welche nach §. 18 der Schutzblattern-Impfung unterworfen werden müssen, und sind die darüber anzufertigenden Listen spätestens bis zum 1. Julius d. J. dem betreffenden Physicus zuzustellen, damit dieser die Impfung besorge.

§. 20.

Alle in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen über die Ausführung des Impfgeschäfts, die Aufstellung und Ablieferung der Impfregister, die Bestrafung der Renitenten, die Ausfertigung der Impffcheine und Bezahlung des Impfgeschäfts finden auch auf die im §. 18 vorgeschriebene nachträgliche Impfung Anwendung.

Sämmtliche Behörden und Landeseinwohner, die es betrifft, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigeprägten Herzogl. Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 30. März 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 10.

Braunschweig, den 23. April 1833.

- (10.) Verordnung, die Berufung der nächsten Ständeversammlung betreffend.
d. d. Braunschweig, den 18ten April 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Obwohl Wir bereits durch Unser Wahlaueschreiben vom 15. Decbr. v. J. die Wahlen der Abgeordneten des Landes angeordnet haben, so haben doch die mannichfachen erforderlichen Vorarbeiten der Behörden, bei dieser ersten nach dem Gesetze vom 12. October v. J. vorgenommenen Wahl, die Beendigung des Wahlgeschäfts dergestalt verzögert, daß eine Versammlung Unserer getreuen Stände innerhalb des in dem Artikel 2 des Landtags=Abschiedes vom 12 Octbr. v. J. bestimmten Zeitraumes unthunlich geworden ist. Da indeß jetzt die Zeit der Beendigung des Wahlgeschäfts sich mit Gewißheit bestimmen läßt, so wollen Wir nunmehr hiedurch verordnen:

daß sich Unsere getreuen Stände in Unserer Residenzstadt Braunschweig am 28ten des nächstkommen-
den Monats Junius versammeln.

Wir entbieten allen Abgeordneten des Landes, an dem festgesetzten Tage allhier zu erscheinen, in Gemäßheit der Geschäftsordnung das Legitimationsverfahren zu beginnen, und wollen sodann wegen Eröffnung des Landtages das Weitere verfügen.

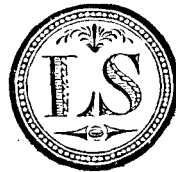
Wir werden auf dem bevorstehenden Landtage den versammelten Ständen die nachfolgenden Gesegentwürfe vorlegen lassen, nämlich:

- 1) eine Ablösungsordnung und ein Gesetz über die den Ablösenden zu verwilligenden Erleichterungen bei Anleihen;
- 2) eine neue Gemeinheitstheilungs-Ordnung;
- 3) ein Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Landes-Ökonomie-Commission betreffend;
- 4) Erläuterungen und Ergänzungen des Wahlgesetzes;
- 5) eine Städteordnung;
- 6) ein Cantonreglement;
- 7) ein Gesetz über die Normalgehalte;
- 8) ein Gesetz über die Besteuerung des Branntweins;
- 9) ein Gesetz über die Amortisation der Cammer- und Landesschulden;
- 10) eine allgemeine Wegeordnung;
- 11) ein Gesetz über die Zulassung auswärtiger Brandversicherungsanstalten;
- 12) ein Gesetz über die Schonung der Esparcette und der Luzerne mit der Hude;
- 13) ein Gesetz über den Anfang der Wiesenhütung im Herbst.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.
Gegeben Braunschweig, am 18. April 1833.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Wilhelm, Herzog.



Graf von Belthelm. von Schleinitz. Schulz.

(II.) Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums,
die in Umlauf gekommenen falschen Doppel-Wilhelms-
d'or betreffend.

d. d. Braunschweig, den 15ten April 1833.

Zufolge einer Uns zugegangenen Benachrichtigung ist auf der letzten Messe zu Frankfurt an der Oder ein falscher Doppel-Wilhelmsd'or mit der Jahreszahl 1831 im Verkehr entdeckt worden. Derselbe besteht aus einer übergoldeten Kupfermasse, und nach den noch sichtbaren Spuren des früheren Gepräges ist ein Kupferkreuzer dazu benutzt worden. Er unterscheidet sich von den echten Goldstücken hauptsächlich durch seine dem ganz feinen Golde gleichende Farbe; die durch den Umlauf abgeriebenen Stellen erscheinen schmutzig kupferbraun und scharf begrenzt. Das Gepräge ist schlechter, als das der echten Wilhelmsd'or, die Schrift nicht so kräftig und weniger eben, die Figur des Pferdes ist fehlerhaft, namentlich sind die Hals- und Brustmuskeln viel zu stark, und die Grenzlinie zwischen Hals und Brust bildet ein unförmlich dicker Strich; auch ist die Schnauze nach zu starker Verschmälernng des Kopfes zu dick. Die Fläche der Schriftseite ist nicht straff und eben, sondern hügelig gebogen; der Klang fehlt ganz, und das Gewicht beträgt nur ein Weniges mehr als die Hälfte der echten Doppel-Wilhelmsd'or.

Da zu besorgen steht, daß von diesen falschen Münzstücken noch mehrere im Umlaufe sein möchten, so wird das Publikum hiemit darauf aufmerksam gemacht und vor deren Annahme gewarnt.

Braunschweig, den 15. April 1833.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staats-Ministerium.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

V e r r i c h t i g u n g.

In der Gesetz- und Verordnungsammlung N^o 9: „daß Gesetz, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-Impfung betreffend“, ist auf der 1sten Seite in der 12ten Zeile von unten statt „weniger“ zu lesen wenigen.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 11.

Braunschweig, den 23. April 1832.

- (12.) Gesetz, die bei dem Ausbruche der Blatternkrankheit zu beobachtenden polizeilichen Maßregeln betreffend.
d. d. Braunschweig, den 9. April 1833.

Von Gottes Gnaden Wir, Wilhelm, regierender Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da die bei dem Erscheinen der echten Menschenblattern bisher in Anwendung gebrachten polizeilichen Sicherungsmaßregeln die Weiterverbreitung dieser Krankheit nicht verhindert, vielmehr öfters nur die Verheimlichung derselben veranlaßt und dadurch die Ansteckung sogar befördert haben, das wirksamste Mittel zur Verhütung der Menschenblattern auch nur in einer allgemeinen, durch das Gesetz vom 30. v. M. bereits angeordneten regelmäßigen Impfung der Kuhpocken zu suchen ist, so finden Wir uns veranlaßt, über diesen Gegenstand, nach vorgängiger Anhörung des Rathes und Gutachtens des ständischen Ausschusses, das nachstehende Gesetz zu erlassen.

§. 1.

Jedes Familienhaupt ist verpflichtet, falls ein Mitglied der Familie von einem der Blatternkrankheit verdächtigen Hautausschlage befallen wird, und ein Arzt

den Kranken nicht behandelt, in den Städten der Polizeibehörde, und in den Landgemeinden dem Ortsvorsteher binnen 24 Stunden genaue Anzeige zu machen.

Eine gleiche Verpflichtung liegt den Gewerbetreibenden und Handwerkern hinsichtlich der bei ihnen wohnenden Gehülften, Gesellen und Lehrburschen, der Dienstherrschaft hinsichtlich des Gesindes, und dem Hauswirth hin- sichtlich der einzeln wohnenden Hausgenossen ob.

§. 2.

Die Polizeibehörden und Ortsvorsteher haben sofort nach eingegangener Anzeige dem Physikus über den Fall der Erkrankung die nöthige Mittheilung zu machen.

§. 3.

Ist ein Arzt zu dem Erkrankten gerufen, so hat derselbe, nachdem er sich von dem Ausbruche der Krankheit überzeugt hat, solches dem betreffenden Physikus ebenfalls ohne Zeitverlust anzuzeigen, zugleich aber auch die Angehörigen des Kranken über die Gefahr der An- steckung bei Personen, welche die Menschenblattern oder die Kuhpocken nicht überstanden haben, zu belehren, und Sorge zu tragen, daß der Blatternkranke möglichst ab- gesondert gelagert werde.

§. 4.

Der Physikus hat nach dem Eingange der in den §§. 3 und 4 erwähnten Mittheilungen sofort die allge- meinen medicinisch polizeilichen Maßregeln, welche bei

epidemischen Krankheiten zu beobachten sind, anzugeben, insbesondere auch zu veranlassen, daß nach Beendigung der Krankheit die von dem Kranken benutzten Effecten durch Waschen und Lüften gereinigt werden; die Polizeibehörden und Ortsvorsteher aber haben für die gehörige Ausführung dieser Maßregeln zu sorgen.

§. 5.

Die Unterlassung der nach §§. 2 und 4 der Polizeibehörde und dem Ortsvorsteher, so wie dem Physikus zu machenden Anzeige, wird mit 2 bis 5 Thlr. oder verhältnißmäßigem Gefängniß bestraft.

§. 6.

Eine Sperrung des Hauses, oder der Wohnung, in welcher sich Blatternkranke befinden, soll nicht weiter statt finden. Das Umhergehen und Umhertragen der Blatternkranken auf den Straßen und an öffentlichen Orten ist jedoch bei einer Strafe bis zu zehn Thalern oder verhältnißmäßigem Gefängniß verboten.

§. 7.

Die Polizeibehörden und Ortsvorstände haben, unter Zuziehung des Physikus, zu beurtheilen, ob Lehrer oder Schüler, unter deren Hausgenossen ein Blatternkranker sich befindet, hinlänglich von diesem getrennt sind, oder ob und bis zu welchem Zeitpunkte sie im entgegengesetzten Falle aus der Schule oder sonstigen Lehranstalt zurückbleiben müssen. Die von den gedachten Be-

hörden in dieser Hinsicht anzuordnenden Maßregeln sind bei einer Strafe bis zu 10 Thlr. oder verhältnißmäßigem Gefängniß zu beachten.

Sämmtliche Behörden und Landeseinwohner haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 9. April 1833.

Auf Höchsten Special = Befehl.

(L. S.)

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 12.

Braunschweig, den 18. Juni 1833.

- (13.) Verordnung, die Modification des §. 135 der allgemeinen Gewerbe- und Gildeordnung in Beziehung auf die Wittwen von Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeistern betr.

D. D. Braunschweig, den 5. Juni 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Um die Nachtheile zu verhindern, welche in neuerer Zeit vielfältig aus der Befugniß der Wittwen von Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeistern, das von ihren Ehemännern betriebene Gewerbe fortzusetzen, für das Publikum entstanden sind, wollen Wir, nach Anhörung des Gutachtens und Rathes des ständischen Ausschusses, hiedurch Folgendes verordnen:

§. 1.

Die unterm **22. April 1830** aufgehobene Verordnung vom **13. Dec. 1828**, welche die den Meisterwittwen nach dem §. 135. der allgemeinen Gewerbe- und Gildeordnung zustehende Befugniß zur Fortsetzung der von ihren Ehemännern betriebenen Gewerbe dahin beschränkt, daß diese Vergünstigung auf die Wittwen der Maurer- und Zimmer-

meister keine Anwendung finden soll, soll von jetzt an wiederum in Kraft treten.

§. 2.

Die durch die gedachte Verordnung festgesetzte Beschränkung soll sich in Zukunft auch auf die Wittwen der Dachdeckermeister erstrecken.

§. 3.

Diejenigen Wittwen von Maurer-, Zimmer- und Dachdeckermeistern, welche zum selbstständigen Gewerbebetriebe bereits eingerichtet sind und ihre Rechte wohl erworben haben, sollen in dem Besitze der Befugniß, ihr Gewerbe durch Gehülfen fortzusetzen, zwar verbleiben, sie sollen jedoch gehalten sein, binnen zwei Monaten einen Meistergesellen, zur Prüfung seiner Qualification bei der Gilde, zu präsentieren und dessen Anerkennung zu bewirken, widrigenfalls sie der Ausübung ihrer Rechte verlustig sein sollen.

§. 4.

Die von den Gilden vorzunehmende Prüfung der Qualification eines Meistergesellen soll sich indessen nur auf dessen practische Befähigung zur Ausübung des Gewerbes beziehen, und sich nicht auf die Darlegung solcher Fähigkeiten erstrecken, wie sie nur von wirklichen Meistern gefordert werden können. Etwanige hierunter entstehende Zweifel sollen von der betreffenden Herzogl. Kreis-Direction entschieden werden.

Sämmtliche Behörden und Landeseinwohner, die es betrifft, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten
Herzogl. Staats=Ganzlei=Siegels.

Braunschweig, den 5. Juni 1833.

Auf Höchsten Special=Befehl.

(L. S.)

von Schleinitz.

Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 13.

Braunschweig, den 21. Juni 1833.

- (14.) Gesetz, das bei der Besteuerung des inländischen Branntweins zum Grunde zu legende Verhältniß zwischen der Maische und dem reinen Producte betr.

D. D. Braunschweig, den 17. Juni 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Da die Fabrikation des Branntweins seit dem Erscheinen der Verordnung vom 24. April 1826, verschiedene Modificationen bei der Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Inhalte der Maischbotte betreffend, dergestalt vorgeschritten ist, daß die in den Paragraphen 1 und 2 der gedachten Verordnung enthaltene Voraussetzung, nach welcher zur Gewinnung eines Quartiers Branntwein $5\frac{1}{2}$ Stübchen oder 22 Quartier Maische erforderlich sind, längst nicht mehr zutrifft, und es daher dringend erforderlich wird, das bei der Besteuerung zum Grunde gelegte Verhältniß des reinen Products zur Maische auf ein der wahren Lage der Sache näher kommendes Princip zurückzuführen, so wollen Wir, unter Zustimmung des ständischen Ausschusses, die eben gedachte gesetzliche Bestimmung hierdurch aufheben und dagesgen Folgendes gesetzlich verordnen:

§. 1.

Vom 1. Julius d. J. an soll die Bestimmung des

§. 2 der Verordnung vom 12. August 1824, wonach von jeden 4 Stübchen des Maischbottich-Inhaltes ohne weitere Berücksichtigung der Zeit

- a) in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel sechs Pfennige, woneben die Schrotaccise vom Getreide und das Mahllohn nach dem bestehenden Tarif mit 1 *gr* 8 *Q* für den Himten ferner zu entrichten,
- b) außerdem im ganzen Lande sieben Pfennige mit Inbegriff der Schrotaccise zu berechnen und zu bezahlen sind, wieder in Wirksamkeit treten.

§. 2.

Es soll dabei jedoch der ganze Inhalt der Maischbottiche als der Besteuerung unterworfen angenommen werden und daher der in dem §. 3 der gedachten Verordnung nachgelassene Absatz des sechsten Theiles des Inhaltes für den Gährungsraum vom 1. Julius d. J. an nicht weiter Statt finden.

Sämmtliche Behörden, so wie auch ein Jeder, den es betrifft, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 17. Juni 1833.

Auf Höchsten Special=Befehl.

(L. S.)

von Schleinitz.

Schulz.

- (15.) Bekanntmachung, wegen Berichtigung eines, in die Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betreffend, eingeschlichenen Irrthums.

D. D. Braunschweig, den 14. Juni 1833.

In dem der Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betreffend, angehängten Verzeichnisse ist Pag. 88 das herrschaftliche Försterhaus und die Mahl- und Sägemühle daneben, als mit Bornum combinirt, angegeben. Da jedoch beide Etablissements in einer mehrstündigen Entfernung von diesem Orte belegen sind und es die Absicht gewesen ist, dieselben der Dorfschaft Badenhäusen beizulegen, so wird gedachte Angabe dahin hiemit eingebessert.

Braunschweig, den 14. Juni 1833.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staats-Ministerium.

von Schleinitz.

Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 14.

Braunschweig, den 28. Juni 1833.

(15.) Gesetz über die Einführung eines mit dem Königreiche
Hannover gemeinschaftlich angeordneten Kornzolles.

d. d. Braunschweig, den 24ten Juni 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u.

Demnach zur Erleichterung des Verkehrs mit Getreide zwischen dem Herzogthume Braunschweig und den Königl. Hannoverschen Staaten durch beiderseitige Bevollmächtigte eine Uebereinkunft unterm 11. d. M. abgeschlossen und sodann von uns ratificirt worden, so wollen Wir wegen der Ausführung derselben unter Zustimmung des nach Art. 14 des Landtagsabschiedes vom 12. Octbr. 1832 dazu autorisirten ständischen Ausschusses hiedurch Folgendes gesetzlich anordnen:

§. 1.

Vom 1. Juli d. J. an wird das aus dem Herzogthume Braunschweig in das Königreich Hannover

einzuführende Getraide daselbst frei von jeder Zollabgabe eingelassen werden, und soll gleichergestalt von dem nämlichen Tage an von demjenigen Getreide, welches aus dem Königreiche Hannover in das Herzogthum Braunschweig eingeführt werden wird, eine Zollabgabe dießseits nicht erhoben werden.

§. 2.

Dagegen ist vom gedachten Tage an dasjenige Getraide, welches über Grenzen gegen das gemeinschaftliche Ausland in das Herzogthum Braunschweig und in das Königreich Hannover eingeführt werden wird, der im folgenden §. bestimmten Zollabgabe unterworfen.

§. 3.

Die Getreidearten, auf welche diese Uebereinkunft sich bezieht, sind:

- a) Spelz,
- b) Weizen,
- c) gedörrter Roggen,
- d) ungedörrter Roggen,
- e) Bohnen, mit Ausnahme von Witzbohnen,
- f) Erbsen,
- g) Linsen,
- h) Wicken,

- i) Gerste,
- k) Hafer,
- l) Buchweizen,
- m) Malz,
- n) Schrot,

und soll, wenn diese Gegenstände über Grenzen gegen das gemeinsame Ausland in die hiesigen Lande eingehen, an Zoll für jeden Braunschweigischen Himten

der unter a. b. c. genannten Getreidegattungen ein Gutegroschen vier Pfennige, der unter d. e. f. g. h. aufgeführten Arten ein Gutegroschen,

und

der unter i. k. l. m. n. bemerkten Arten acht Pfennige, von dem Mengkorn aber derjenige der vorstehenden Sätze, welchen die am höchsten belegte Getreideart der Mischung zu tragen hat,

entrichtet werden.

§. 4.

Die Entrichtung dieses Zolles erfolgt bei den Grenzzoll-Recepturen, und zwar sofort beim Eingange über Grenzen gegen das gemeinsame Ausland.

§. 5.

Zur Erleichterung des Kornhandels mit fremden Staa-

ten soll jedoch für das vom gemeinsamen Auslande eingeführte, im Inlande gelagerte und demnächst wieder ausgeführte Getreide eine theilweise Erstattung des beim Eingange erlegten vollen Zolles Statt finden, wenn sowohl der Eingang als der Wiederausgang über die bestimmten diesseitigen und resp. Königl. Hannoverschen Grenzzoll-Recepturen erfolgt ist.

§. 6.

Die vorgedachte Rückvergütung besteht in
 einem Gutengroschen für jeden Himten, wofür der
 Eingangszoll 1 *gr* 4 *Q* beträgt,
 neun Pfennigen für jeden Himten, wofür der Eingangszoll 1 *gr* beträgt,
 sechs Pfennigen für jeden Himten, wofür der Eingangszoll 8 *Q* beträgt;

sie tritt jedoch nur dann ein, wenn auf einmal eine Quantität von mindestens vierzig Himten eingeführt, sogleich bei der Einfuhr der Lagerungsort im Inlande angegeben, vom inländischen Kornhändler über die ein- und wieder ausgeführten Fruchtarten und ihre Quantitäten Buch geführt und die Wiederausfuhr in einer Quantität von jedes mal mindestens vierzig Himten über einen der bestimmten Ausgangspuncte wirklich erfolgt, bescheinigt

und den in dieser Beziehung angeordneten Controlevorschriften Folge geleistet ist.

§. 7.

Eine allgemeine Befreiung vom Eingangszolle soll zu Theil werden:

- 1) dem Getreide, welches in Herzoglich Braunschweigschen oder Königl. Hannoverschen Landestheilen erzeugt worden, die außerhalb der resp. Zolllinien belegen sind, und aus jenen über diese eingebracht wird;
- 2) dem Getreide, welches Einwohner in gedachten beiden Staaten von ihren Grundbesitzungen, die von Grenzen gegen das gemeinschaftliche Ausland durchschnitten werden, beziehen;
- 3) dem Getreide, welches zum Verarbeiten auf inländischen Mühlen und Malzereien vom gemeinschaftlichen Auslande eingebracht wird, gleich wie denn auch die daraus gefertigte verhältnißmäßige Quantität an Mahlwerk beim Ausgange zollfrei bleibt;
- 4) in verhältnißmäßigen Quantitäten dem Mahlwerke, welches vom Getreide gewonnen worden, das zum Verarbeiten auf Mühlen im gemeinschaftlichen Auslande dahin ausgeführt worden, insofern das reciprocum beobachtet wird;

- 5) den Naturalgefällen, welche Einwohner, Corporationen, Stiftungen u. s. w. im Herzogthume Braunschweig und Königreiche Hannover vom Auslande beziehen;
- 6) Quantitäten von zwei Himten im Ganzen und darunter;
- 7) dem Getreide in Stroh, welches auch, wie Getreide überhaupt, bei der Ausfuhr frei gelassen wird.

§. 8.

Außerdem hat es bei denjenigen Zoll-Befreiungen und Erleichterungen, welche auf Verträgen mit andern Staaten beruhen, und zwar für die Dauer solcher Verträge, fernerhin sein Bewenden.

§. 9.

Auch soll eine Ermäßigung des Eingangszolles bis auf einen Pfennig für den Himten einer jeden Getreideart Statt finden, wenn die Einfuhr über bestimmte Zollrecepturen im Kreise Blankenburg oder im Amte Harzburg bewerkstelligt ist.

§. 10.

Unsere Herzogliche Steuer-Direction ist angewiesen, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen speciellen Anordnungen, in Gemäßheit der festgesetzten Con-

trole=Maßregeln, zu treffen, und hat es übrigens bei den bestehenden Gesetzen und Vorschriften über Zollvergehen, deren Untersuchung und Bestrafung sein Verbleiben.

Sämmtliche Behörden und Landeseinwohner haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 24. Juni 1833.

Auf Höchsten Special=Befehl.

(L. S.)

von Schleinitz.

Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 15.

Braunschweig, den 23. Juli 1833.

- (16.) Circularrescript an sämmtliche Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, den Geschäftsgang bei Ausfertigung der Erkenntnisse in Forst- und Jagdstrafsachen betreffend.

d. d. Braunschweig, den 3. April 1833.

Wilhelm, Herzog rc.

Es ist zu Unserer Kenntniß gekommen, daß bei den meisten Gerichten des Landes die Ausfertigung der von denselben in Forst- und Jagd-Strafsachen abgegebenen Erkenntnisse auf ungebührliche Weise verzögert wird, die den Oberforstbedienten verordnungsmäßig mitzutheilenden Extracte der Erkenntnisse erst nach mehreren Monaten, ja oft nach Jahresfrist, an dieselben gelangen und auf diese Weise die Wirksamkeit der Strafrechtspflege gelähmt und nicht selten vereitelt wird. Um den hieraus hervorgehenden nachtheiligen Folgen mit Nachdruck zu begegnen, finden Wir Uns bewogen, hiedurch Folgendes zu bestimmen:

- 1) Von den in den stattgehabten Untersuchungsterminen, wegen Forst- und Jagdcontraventionen, ausgespro-

chenen Judikaten sind die Contumazial=Erkenntnisse sofort nach abgehaltenem Termine auszufertigen und zur Insinuation an die Denunciaten zu befördern, auch die Unterbedienten zur ungesäumten Einlieferung der Insinuations=Documente anzuhalten.

2) Die vorschriftsmäßigen Tabellen über sämtliche in den gedachten Strassachen abgegebene und rechtskräftig gewordene Erkenntnisse sind noch vor Ablauf des auf die Abgabe folgenden Monats auszufertigen und den betreffenden Oberforstbedienten zugehen zu lassen.

Für die Nichtbefolgung dieser Vorschriften wird hiedurch eine Ordnungsstrafe von **2 Thlr.** für den ersten, **5 Thlr.** für den zweiten und **10 Thlr.** für den dritten Fall angedrohet, und sind solche Strafen resp. von Unserm Herzoglichen Landesgerichte und den Herzogl. Kreis=Gerichten, auf desfalligen Antrag der betreffenden Forstbehörden, in Vollziehung zu setzen.

Die Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter, so wie alle, die es sonst angeht, haben sich hienach zu achten.

Braunschweig, den **3. April 1833.**

Auf Höchsten Special=Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

- (17.) Circularrescript an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte,
die Festsetzung einiger, bei denselben zu erhebenden
Sportelsätze betreffend.

d. d. Braunschweig, den 13. April 1833.

Wilhelm, Herzog zc.

Obgleich bereits durch das Circularrescript vom 29. Januar 1820 bestimmt worden, daß in den Fällen, wo die Sportelordnung vom Jahre 1814 über einen anzuwendenden Sportelsatz keine genaue Bestimmung gebe, nach Analogie der in jener Verordnung festgestellten Sätze die Sportel zu berechnen sei, so sind doch in dieser Beziehung durch die neuerdings eingetretenen Veränderungen in der Competenz der Gerichte verschiedene Zweifel entstanden, die uns veranlassen, um ein gleichmäßiges Verfahren bei allen Gerichten hergestellt zu sehen, Folgendes festzusetzen:

1) Da, nach der jetzt bestehenden Prozeßordnung, die Kreisgerichte in den Fall kommen, in Civil-Sachen an die Aemter Mandate, Commissorien, Remissorialien zc. zu erlassen, für dergleichen Expeditionen aber in der Sporteltaxe ausdrückliche Bestimmungen nur in Beziehung auf Unser Herzogl. Landesgericht getroffen sind, so verordnen Wir

hiemit, daß der sub **I. A. № 2r** und **3** der Sporteltaxe normirte Satz für ein Requisitionsschreiben der Untergerichte, zu **6** Ggr. oder **12** Ggr., jenachdem der Gegenstand unter oder über **100** Thlr. beträgt, als analog, auch auf die obgenannten Ausfertigungen angewandt werde;

2) was diejenigen Strafsachen betrifft, welche bisher zur Competenz des Herzogl. Landesgerichts gehört haben, und in denen nunmehr das Erkenntniß den Herzogl. Kreisgerichten zusteht, so sind zwar für die darin vorkommenden, einzelnen prozessualischen Handlungen die sub **II. A. 2.** der Sporteltaxe enthaltenen Sätze ferner zu erheben, allein es kann für das Erkenntniß nicht der für die landesgerichtlichen Urtheile sub **II. B. 2.** bestimmte Satz berechnet werden, da die Höhe der Sportel sich mit nach dem Range des Gerichts bestimmt und da im Allgemeinen bei denselben prozessualischen Verfügungen, in derselben Art der Sachen, die Taxe für das Herzogl. Landesgericht das Doppelte von der bei den Herzogl. Kreisgerichten beträgt, und wollen Wir daher hiemit bestimmen, daß für Erkenntnisse der fraglichen Art nur **1** Thlr. an Sportel erhoben werde;

3) da gegenwärtig auch, theils auf Veranlassung der von den Aemtern zu instruirenden Untersuchungsachen,

die Vergehen gegen die öffentliche Ruhe, nach der Verordnung vom 1. November 1830, betreffend, theils bei Gelegenheit der in zweiter Instanz abzugebenden Erkenntnisse in den Strassachen, in welchen die Aemter in erster Instanz erkannt haben, instructorische Rescripte und Remissoriales vorkommen können, für welche es an einem eigenen Sporteltaxe fehlt, so wollen Wir hiemit bestimmen, daß auf diese Ausfertigungen, ebenfalls analogisch, den sub II. A. 2 f. der Sporteltaxe normirte Satz für Informations- und Requisitionsschreiben, zu 12 Sgr., angewandt werde.

Sämmtliche Herzogl. Kreisgerichte haben sich also hienach genau zu achten.

Braunschweig, den 13. April 1833.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. von Schleinitz. Schulz.

- (18.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogliche Kreis-Gerichte, Stadt-Gerichte und Aemter, die Competenz der Gerichte bei Prodigalitäts-Erklärungen betr.

d. d. Braunschweig, den 8ten Juli 1833.

Wilhelm, Herzog u.

Es haben sich bei einigen Gerichten der hiesigen Lande Zweifel und verschiedene Ansichten über die Competenz derselben bei dem Interdictionungsverfahren erhoben. Wiewohl nun die vorhandene Gesetzgebung hierüber hinlänglich klare Maße giebt, und es einer eigentlichen declaratorischen Bestimmung deshalb nicht bedarf, so halten Wir es doch für angemessen, zur Beseitigung solcher Meinungsverschiedenheiten und damit in dieser Beziehung nach übereinstimmenden Grundsätzen von den Gerichten verfahren werde, hierdurch Folgendes zu erklären:

1) Da, sobald der Fall eintritt, daß einer Person, wegen verschwenderischer Wirthschaftsführung oder geistiger Unvollkommenheiten, die unbeschränkte Disposition über ihr Vermögen zu entziehen, und eine Curatel für dieselbe anzuordnen ist, jedesmal zuvörderst eine causae cognitio angesetzt, bei erhobenem Widerspruche von Seiten des zu Interdicirenden aber ein förmliches, contradictorisches Verfahren eingeleitet und durch ein Erkenntniß entweder die Interdiction ausgesprochen oder für unzulässig erklärt wer-

den muß; so entscheidet sich die Frage, ob die Herzogl. Kreisgerichte oder die Herzogl. Ämter zu diesem Verfahren und Urtheilssprüche competent seien, nach den, über die Zuständigkeit der unteren Gerichte in streitigen Rechtsachen bestehenden Gesetzen, namentlich dem Gesetze vom 15. October v. J., die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, über die Einrichtung des Justizwesens, betreffend, §. 3, und sind hiernach die Kreisgerichte in dieser Beziehung ausschließlich, und selbst dann competent, wenn das Vermögen des zu Interdicirenden 50 Thlr. nicht betragen sollte, indem theils vor Einleitung eines solchen Verfahrens der Belauf des Vermögens nicht zu bestimmen ist, theils auch die Befugniß im Allgemeinen zur Disposition über das Vermögen, bei dem, jeder augenblicklichen Veränderung unterworfenen Betrage desselben, nicht zu einem gewissen Werthe angeschlagen werden kann.

2) Dagegen versteht es sich von selbst, daß, wenn von dem Herzoglichen Kreisgerichte die Interdiction erkannt ist, die Anordnung und Verwaltung der erforderlichen Curatel dem Herzogl. Stadtgerichte oder Ämte zusteht.

Die Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Ämter haben sich hiernach zu achten.

Braunschweig, den 8. Juli 1833.

Auf Höchsten Special-Befehl.
von Schleinitz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 16.

Braunschweig, den 6. August 1833.

- (19.) Gesetz, die zu Bevern und Braunschweig zu errichtenden Besserungs- und Arbeitsanstalten betreffend.
D. D. Braunschweig, den 29. Julius 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog u. u.

Da die Erfahrung in andern Ländern hinlänglich gezeigt hat, daß der wohlthätige Zweck, diejenigen Personen, welche durch Gewöhnung an Müßiggang und einen unordentlichen Lebenswandel gemeinschädlich werden, zu arbeitsamen und nützlichen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft zu machen, und ihnen die Mittel zu verschaffen, sich selbst fortzuhelfen, am besten dadurch erreicht wird, daß eigene, von den Strafanstalten für Criminalverbrecher getrennte Arbeits- und Besserungshäuser angelegt werden, so erlassen Wir, nach angehörtem Gutachten und Rath Unserer getreuen Stände, die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 1.

Errichtung der Anstalt.

Es soll zu Bevern und erforderlichen Falls auch zu Braunschweig eine Besserungs- und Arbeitsanstalt errichtet werden.

§. 2.

Zweck derselben.

Der Zweck dieser Anstalten besteht darin, diejenigen an ein thätiges und arbeitsames Leben zu gewöhnen und sittlich zu bessern, welche der Bettelei, dem Wagabondiren,

dem Trunke, dem Müßiggange oder andern Arten der Unsittlichkeit sich in dem Maße ergeben haben, daß sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden.

§. 3.

Bedingungen der Aufnahme in die Anstalt.

Personen dieser Art sollen erst alsdann zu denen, welche die öffentliche Sittlichkeit und Ordnung gefährden, gerechnet werden, wenn bereits wiederholt andere polizeiliche Besserungsmittel, als Ermahnungen, verschafftes Unterkommen, Stellung unter polizeiliche Aufsicht, angedrohtes und vollzogenes Gefängniß, bei ihnen angewendet und fruchtlos gewesen oder zu wiederholten Malen Straferkenntnisse wegen solcher Vergehen, die ihren Grund in einem unsittlichen Leben hatten, an ihnen vollzogen sind. Kinder unter 9 Jahren können nicht in die Anstalt aufgenommen werden.

§. 4.

Verfahren.

Der Ablieferung an die Anstalt muß in jedem einzelnen Falle das nachstehend festgesetzte Verfahren vorhergehen:

- 1) die zuständige Polizeibehörde, nämlich in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel die Herzogl. Polizeidirection, in dem übrigen Lande die Herzogl. Ämter, und zwar in den Städten unter Mitwirkung der städtischen Polizeibehörde, untersuchen zuvörderst: ob die Thatfachen, unter welchen nach §. 2 und 3 die Aufnahme in die Besserungsanstalt zulässig ist, vorhanden sind, und falls sie solche ermittelt haben, machen sie den Antrag auf die Detention in der Besserungs- und Arbeitsanstalt bei der ihr vorgesetzten Kreis-Direction, und äußern sich zugleich gutachtlich über die nach ihrem Dafürhalten nothwendige Dauer der Detention.
- 2) Findet die Kreis-Direction den Antrag nicht gehörig begründet, so kann sie denselben sofort zurückweisen, oder durch Aufklärung der Thatfachen besser begründen

lassen. Hält sie dafür, daß auf den Antrag einzugehen sei, so berichtet sie über dessen Genehmigung an Unser Herzogl. Staatsministerium und fügt ihr Gutachten über die Detentionszeit zugleich bei.

- 3) Unserm Herzogl. Staatsministerium steht die endliche Verfügung über die gemachten Anträge zu, gegen welche jedoch eine Vorstellung bei demselben zulässig ist, welche aber keine Suspensivkraft hat.

§. 5.

Mitwirkung der Gerichte.

Die Gerichte sind verpflichtet, diejenigen Personen, welche nach den bestehenden Vorschriften sich zur Aufnahme in die Besserungsanstalt eignen, nach beendigter Untersuchung oder, im Fall der Verurtheilung, nach vollzogener Strafe, der zuständigen Polizeibehörde zur Verfügung des Weiteren zu überweisen.

§. 6.

Dauer der Detentionszeit.

Die Aufnahme kann nicht auf kürzere Zeit, als auf drei Monate und nicht auf längere Zeit, als auf fünf Jahre verfügt werden. Eine fünfjährige Detentionszeit wird aber nur gegen diejenigen verfügt werden, welche entweder bereits zweimal zu ihrer Besserung in dieser Anstalt detinirt gewesen sind, oder mehrmals wegen solcher Vergehen, die ihren Grund in einem unsittlichen Leben hatten, Strafe erlitten haben.

§. 7.

Fortsetzung.

Unserm Herzogl. Staatsministerium steht es zu, die ursprüngliche Detentionszeit unter veränderten Umständen abzukürzen, insbesondere alsdann, wenn der Aufgenommene nach dem Gutachten der Direction der Anstalt und der Landes-Direction oder deren Ausschusses sich gebessert und die Fähigkeit, sich rechtlich zu ernähren, erlangt hat. Gleich-

falls soll in denjenigen Fällen, in welchen nach dem Gutachten der Direction der Anstalt und der Landes-Direction oder des Ausschusses derselben es zweckmäßig erscheint, auf Verfügung Unseres Herzogl. Staatsministeriums der auf weniger als 5 Jahre Aufgenommene über die ursprünglich verfügte Detentionszeit hinaus, jedoch nie länger als 5 Jahre von der Aufnahme angerechnet, detinirt werden können.

§. 8.

Verwaltungspersonal.

Der unmittelbaren Verwaltung der Anstalt steht ein Director oder Inspector vor, und bei derselben wird ein Geistlicher, ein Arzt, ein Jugendlehrer und das erforderliche Unterpersonal angestellt.

§. 9.

Disciplin.

Die Disciplin über die Aufgenommenen wird in der Anstalt durch den Director oder Inspector gehandhabt.

Er kann wegen Uebertretung der von der Landes-Direction zu entwerfenden und von der Landesregierung zu erlassenden Hausordnung, als leichte Disciplinarstrafen:

Zurücksetzung in eine niedrigere Classe,

Abzüge von der Speise,

größere oder beschwerlichere Arbeit,

Trennung von Anderen und das Verbot, mit ihnen bei der Arbeit zu reden,

verfügen, so wie wegen wiederholter oder gröberer Ungebühr, als schwerere Disciplinarstrafen:

Arrest, abwechselnd bei Wasser und Brot auf 8 Tage,

einsames Gefängniß auf 5 Tage,

körperliche Züchtigung bis zu 20 Hieben,

verhängen.

§. 10.

Verfahren bei Meuterei und Aufruhr.

Entstände unter den Detinirten Meuterei und Aufruhr,

so ist der Director oder Inspector und, in dessen Abwesenheit, der mit der Aufsicht über die Anstalt beauftragte Beamte eben so berechtigt als verpflichtet, die nach Beschaffenheit der Umstände zur Unterdrückung der Widersetzlichkeit nothwendigen Maßregeln zu ergreifen.

Nach hergestellter Ordnung hat der betreffende Beamte sein Verfahren bei der Landes-Direction zu rechtfertigen und diese an Unser Herzogl. Staatsministerium sofort Bericht zu erstatten.

§. 11.

Beitragspflicht der Gemeinden.

Für Personen, welche in die Besserungsanstalt abgeliefert werden, soll in dem Falle, daß die durch die Detention veranlassenen Kosten aus ihrem eigenen Vermögen oder aus dem Vermögen der zu ihrem Unterhalte verpflichteten Personen nicht bezahlt werden können, von der Gemeinde, zu der sie gehören, ein Zuschuß bis zu 10 \$ jährlich gezahlt werden.

Ein solcher Zuschuß soll jedoch von den Gemeinden alsdann nicht gefordert werden können, wenn der Aufgenommene mindestens 25 \$ jährlich verdient. Auch soll nur das an dieser Summe Fehlende gezahlt werden.

Der Verdienst bestimmt sich nach der Taxe und den, in Gemäßheit bestehender Vorschriften, zu führenden Rechnungen.

Der von den Gemeinden nach Obigem zu zahlende Beitrag wird aber in einzelnen Fällen, wo besondere Gründe dafür sprechen, von Unserm Herzogl. Staatsministerium ermäßigt oder auch ganz erlassen werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Gegeben Braunschweig, den 29. Julius 1833.

Wilhelm, Herzog.

(L. S.)

v. Schleinitz.

(20.) Verordnung, die zu Bevern errichtete Besserungs- und Arbeitsanstalt betreffend.

d. d. Braunschweig, den 29. Julius 1833.

Von Gottes Gnaden Wir, Wilhelm, Herzog u.

Zur Ausführung des Gesetzes vom heutigen Tage, die Errichtung von Arbeits- und Besserungs-Anstalten betreffend, verordnen Wir Folgendes:

§. 1.

Anfangszeit der Anstalt zu Bevern.

Die Besserungs- und Arbeits-Anstalt zu Bevern wird am 1sten October d. J. in Wirksamkeit treten.

§. 2.

Director der Anstalt.

Dem Director oder Inspector der Anstalt liegt es ob, die Verfügungen der Landes-Direction in Ausführung zu bringen, die auf die Anstalt sich beziehende Correspondenz zu führen, und insbesondere mit Strenge auf die pünktliche Befolgung der Hausordnung, so wie auf die genaue Beobachtung der den Angestellten ertheilten Instructionen zu achten.

§. 3.

Geistlicher der Anstalt.

Der Geistliche der Anstalt wird ihn bei dieser Beaufsichtigung unterstützen.

Zu dem Ende hat er außer den, den gottesdienstlichen Handlungen und Andachtsübungen gewidmeten Stunden, die Corrigenden sorgfältig zu beachten und alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu benutzen, um auf die sittliche Besserung derselben zu wirken.

Derselbe führt ein Verzeichniß aller Corrigenden, hat die, auf den früheren Lebenslauf und die Vergehen eines jeden derselben sich beziehenden Acten einzusehen, und den Inhalt bei der Behandlung der Corrigenden zu benutzen,

auch sorgfältig zu verzeichnen, in wie weit ihm Vorschritte zur Besserung oder Rückschritte bemerklich werden. Auf diese Bemerkungen werden die über sämtliche Corrigenden in dem Conduitenbuche zu machenden Aufzeichnungen, und die periodisch zu erstattenden Berichte besonders mit gegründet.

§. 4.

Kirchliche Verhältnisse.

Die Corrigenden gehören in kirchlicher Beziehung nicht zu der Gemeinde des Ortes, in welcher die Anstalt sich befindet. Der Geistliche und der Jugendlehrer sollen lutherischer Confession sein, und denselben wird über ihre Amtsführung, so wie über ihr Verhältniß zu den in der Anstalt befindlichen, nicht lutherischen Glaubensgenossen eine besondere Instruction ertheilt werden.

Der Gottesdienst und die Andachtsübungen werden von Unserm Herzogl. Consistorium im Einverständnisse mit Unserer Herzogl. Landes-Direction geordnet. Abänderungen bezweckende Anträge der Direction der Anstalt müssen von einem Gutachten des Geistlichen begleitet sein.

Die Corrigenden dürfen zu dem Gottesdienste und den Andachtsübungen nur unter specieller Aufsicht der Wärter, Aufseherinnen, Werkmeister und des wachhabenden Polizei-Militairs sich anfinden, die Kinder werden zugleich von ihrem Lehrer begleitet und beachtet.

§. 5.

Jugendlehrer.

Der Jugendlehrer, welcher zugleich das Amt des Küsters und Vorsängers in der Anstalt zu verwalten hat, ist dem Geistlichen der Anstalt zunächst untergeordnet, und hat in Beziehung sowohl auf Unterricht und Disciplin, als auf die kirchlichen Geschäfte den Anordnungen desselben Folge zu leisten, ihn auch in seinem, auf die Besserung der Corrigenden gerichteten Wirken nach Kräften zu unterstützen.

§. 6.

Fortsetzung.

Dem Jugendlehrer ist eine mäßige Züchtigung der seinem Unterrichte anvertrauten Corrigenden gestattet. Der Geistliche ist dahin zu sehen verpflichtet, daß ein gerechtes Strafmaß nicht überschritten werde.

§. 7.

Arzt der Anstalt.

Der Arzt der Anstalt ist verpflichtet, auch wenn Kranke darin nicht vorhanden sind, das Arbeitshaus wöchentlich mindestens zwei Mal zu besuchen, den Gesundheitszustand zu beachten, und darüber dem Director die erforderlichen Mittheilungen zu machen. Sind Kranke zu behandeln, so hat der Arzt, so oft es erforderlich ist, und der Director dazu auffordert, sich einzufinden. Nach seinem Gutachten wird bestimmt, wie lange erkrankte Corrigenden, getrennt von den Gesunden, in den Krankenzimmern zu versorgen sind, und die Krankenwärter wie die Krankenschwestern haben seinen, auf die Heilung der Patienten sich beziehenden Anordnungen pünktlich Folge zu leisten. Wenn Corrigenden mit unheilbaren, oder nur in längeren Zeiträumen zu heilenden Krankheiten behaftet sind, so hat der Arzt seine Anzeige und sein Gutachten darüber dem Director einzureichen, damit wegen des Transportes der Patienten in ein Hospital, oder wegen der sonst zu treffenden Maßregeln, dem Ausschusse Bericht erstattet werde.

§. 8.

Unterpersonal.

Der Wirkungskreis, die Pflichten und Befugnisse der Unterbedienten des Arbeitshauses werden durch besondere, von der Landes-Direction zu erlassende, Instructionen bestimmt.

Gleichfalls soll das zur Bewachung der Anstalt dienende Polizeimilitair eine besondere Instruction erhalten,

und, so weit es den Dienst bei der Anstalt betrifft, unter den unmittelbaren Befehlen des Directors stehen.

§. 9.

Fortsetzung.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung, der Sittlichkeit und des Anstandes unter den Corrigenden, hat jeder Diener der Anstalt mitzuwirken. Er ist verantwortlich und strafbar, wenn er bemerkte Unordnungen und Verstöße gegen die Sittlichkeit dem Director nicht sofort zur Anzeige bringt.

§. 10.

Klassen der Corrigenden im Allgemeinen.

Die Corrigenden sind

- a) nach dem Alter,
- b) nach Verschiedenheit des Geschlechts,
- c) nach dem höheren oder geringeren Grade der Verderbtheit

zu klassificiren und abgesondert zu verwahren.

§. 11.

Klasse der jugendlichen Corrigenden.

Sämmtliche jugendliche, an dem Schulunterrichte noch theilnehmende Corrigenden stehen unter der speciellen Obhut des Lehrers und der für die Mädchen besonders anzustellenden Aufseherinn. Sie werden, nach dem Geschlechte, getrennt, verwahrt.

§. 12.

Unterricht der jugendlichen Corrigenden.

Der ihnen gewidmete Unterricht wird nach den Bestimmungen des Geistlichen geordnet.

Bis zu welchem Alter die jugendlichen Corrigenden an dem Schulunterrichte Theil nehmen sollen, wird in Berathungen des Directors mit dem Geistlichen, und unter Zuziehung des Lehrers, festgesetzt, und sind die dem

Ausschüsse der Landes-Direction regelmäßig zu erstattenden Berichte auf diesen Gegenstand mit zu erstrecken.

§. 13.

Arbeit der jugendlichen Corrigenden.

Außer den, den jugendlichen Corrigenden zum Speisen, zur Ruhe und zum Schulunterrichte ausdrücklich bestimmten Stunden, sind dieselben unausgesetzt zur Thätigkeit anzuhalten. Die älteren sind zugleich in den verschiedenen Werkstellen zu den Gewerben vorzubereiten, zu welchen sie Neigung und Fähigkeit zeigen. Die Werkmeister, welchen sie zu dem Zwecke überwiesen werden, sind dafür verantwortlich, daß sie in den Werkstellen vorschriftsmäßig beschäftigt und angemessen behandelt werden.

§. 14.

Klassen-Eintheilung für erwachsene Corrigenden.

Die erwachsenen Corrigenden, gleichfalls nach dem Geschlechte stets getrennt, zerfallen in eine 1ste und 2te Klasse. Dieser letzteren fallen vorzugsweise anheim: Bagabonden, wiederholt ergriffene Bettler, Trunkenbolde, liederliche Weibspersonen, wegen übler Lebensweise mehrmals Bestrafte, Gewohnheitsfrevler 2c. Die dieser Klasse angehörigen Corrigenden werden in Beziehung auf Wohnung, Beschäftigung und Speisung nach strengeren Regeln behandelt, als die der 1sten Klasse.

§. 15.

Vertheilung in die verschiedenen Klassen.

Monatlich findet zwischen dem Director und dem Geistlichen eine Berathung darüber Statt, ob Corrigenden aus der 2ten Klasse in die 1ste, oder zurück zu setzen, und sind dabei die Aufseher, Werkmeister und alle die Diener der Anstalt zu vernehmen, welche die betreffenden Corrigenden zu beachten Gelegenheit hatten. Die in der Classification vorgegangenen Veränderungen sind in den, regelmäßig dem Landes-Directions-Ausschüsse zu erstattenden

Berichten, unter Anführung der Gründe, bemerkllich zu machen.

§. 16.

Verwahrung der Corrigenden nach den Klassen.

Der Corrigenden 1ster Classe wohnen mehrere in den verschiedenen, für jedes Geschlecht abgesondert bestimmten Sälen und Gemächern beisammen; dagegen aber werden die der 2ten Classe angehörigen, so weit thunlich, einsam verwahrt.

§. 17.

Beschäftigung.

Die Corrigenden werden beschäftigt, theils mit Fabrik- und Handwerks-Arbeit, Woll- und Leinen-Spinnerei, Woll- und Leinen-Weberei, Tischler-, Drechsler-, Schuhmacher-, Schneider- und Schmiede-Arbeit 2c., theils mit Wege-, Wald-, Steinbrecher- und anderer, außer dem Hause zu verrichtender, Arbeit; theils mit Haus- und Gartenarbeiten, Holzspalten, Waschen, Reinigen des Hauses, Aushülfe in der Küche, Graben, Bleichen 2c.

Zu den zuletzt erwähnten und überhaupt solchen Arbeiten, bei welchen eine ausgedehntere Freiheit zu gestatten ist, sind der Regel nach nur Corrigenden der 1sten Classe und solche zuzulassen, welche unverkennbare Beweise der Besserung gegeben haben.

§. 18.

Bestimmung über den Ertrag der Arbeiter.

Die verschiedenen Arbeiten der Corrigenden werden nach bestimmten, von der Direction in Vorschlag zu bringenden und von der Landes-Direction zu genehmigenden Taxen bei dem Abgange des Corrigenden so vergütet, daß davon zuvor die Kosten der Beköstigung und der Bekleidung nach den vorgeschriebenen Sätzen abgesetzt, die Ueberschüsse aber entweder zur eigenen Disposition des Entlass-

lenen verstellt, oder für ihn, zu seinem ferneren Fortkommen, verwendet werden.

§. 19.

Speisung und Bekleidung.

Bei der Speisung und Bekleidung der Corrigenden ist das darauf sich beziehende Reglement zu beachten, und darf davon, ohne Genehmigung des Ausschusses, nicht abgewichen werden.

§. 20.

Führung des Conduitenbuche.

Die Beobachtungen über das Betragen und den Fleiß der Corrigenden werden in dem Conduitenbuche verzeichnet. Monatlich tritt der Director mit dem Geistlichen und einer von der leitenden Behörde besonders bezeichneten Person zu der Conferenz zusammen, in welcher, unter dem Vorsitze des Directors, die Thatfachen zusammengestellt und die Beobachtungen gesammelt werden, auf welche das dem Conduitenbuche einzuverleibende Urtheil über jeden der Corrigenden zu gründen ist. Der Geistliche hat die Urtheile zu fassen und einzutragen, und sind dieselben von den Mitgliedern der Conferenz zu unterzeichnen. Sollten Beobachtungen anderer, nicht zu den Mitgliedern der Conferenz gehöriger Personen bei der Fortsetzung des Conduitenbuche benutzt werden, so müssen solche in der Conferenz erscheinen und vor den sämtlichen Mitgliedern derselben ihre Angaben wiederholen, auch muß, daß solches geschehen, neben dem einzutragenden Urtheile bemerkt sein.

§. 21.

Auszeichnung der besseren Corrigenden.

Die Namen der Corrigenden, welche durch Fleiß und gutes Betragen sich auszeichnen, und, nach dem Urtheile der Conferenzmitglieder, Hoffnung der Besserung gewähren, werden an der in einem der Versammlungssäle aufzustellenden Ehrentafel verzeichnet.

Die Berathungen darüber werden an den monatlichen Conferenztagen mit vorgenommen.

§. 22.

Quartal-Bericht der Direction.

Außer den auf specielle Veranlassungen erstatteten Berichten, hat der Director vierteljährig einen generellen, alle Verhältnisse der Anstalt umfassenden Bericht an den Landes-Directions-Ausschuß einzusenden.

Die Landes-Direction bestimmt in einer besonderen Instruction, welche Punkte darin zu erörtern sind.

§. 23.

Jährlicher Bericht des Landes-Directions-Ausschusses.

Jährlich ist Unserm Herzogl. Staats-Ministerio von dem Landes-Directions-Ausschusse ein solcher Bericht einzusenden, und sind darin alle die Vorschläge aufzunehmen, welche die Landes-Direction zur Fortbildung und Vervollkommnung der Anstalt für angemessen hält.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 29. Juli 1833.

Wilhelm, Herzog.



von Schleinitz.

(21.) Gesetz, die obere Verwaltung der Straf-, Gefangenens- und Besserungsanstalten betreffend.

D. D. Braunschweig, den 29. Julius 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog u.

Da es erforderlich ist, daß die Verwaltung der Straf-, Gefangenens- und Besserungsanstalten, wenn sie ganz ihrem wichtigen Zwecke entsprechend, und, ohne diesem zu schaden, mit möglichster Ersparung der Kosten eingerichtet werden soll, von einer Centralbehörde ausgehe, so bestimmen Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, Folgendes.

§. 1.

Die Leitung der oberen Verwaltung sämmtlicher Straf-, Gefangenens- und Besserungsanstalten wird, vom 1. Octbr. d. J. an, der Landes-Direction übertragen, und zwar in der Weise, daß von ihr alle allgemeinen Verwaltungs-Maßregeln, nach zuvor eingeholter Genehmigung Unseres Herzogl. Staatsministeriums, ausgehen, und die mit der oberen Beaufsichtigung dieser Anstalten verbundenen, laufenden Geschäfte von einem aus den zu Braunschweig anwesenden Mitgliedern der Landes-Direction bestehenden Ausschusse, welchem zu dem Ende ein Expedient beigegeben werden soll, besorgt werden.

§. 2.

Den Kreis-Directionen verbleibt dessenungeachtet die Aufsicht über alle in ihrem Kreise liegenden Anstalten dieser Art. Sie haben vermöge derselben nicht nur das Recht, diese Anstalten zu visitiren, sondern auch auf die Befolgung der erlassenen Gesetze und Anordnungen zu halten, und werden über die von ihnen gemachten Beobachtungen der Landes-Direction Mittheilung machen.

§. 3.

Die unmittelbare Verwaltung der Gefangenen-Anstalten soll in Braunschweig und Wolfenbüttel von den Herzogl. Polizei-Directionen, in dem übrigen Lande aber von den Herzogl. Ämtern besorgt werden, und die Herzogl. Kreisgerichte, welche noch die Verwaltung der Gefängnisse besorgen werden, solche am 1. Octbr. d. J. an diese Verwaltungs-Behörden abgeben.

Den Gerichten bleiben die behuf der Untersuchungen erforderlichen Verfügungen über die Gefangenen vorbehalten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 29. Juli 1833.

Wilhelm, Herzog.



v. Schleinitz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 17.

Braunschweig, den 9. August 1833.

- (22.) Verordnung, die Bestimmung der Verhältnisse der bei den Gerichten des Landes zugelassenen Auditoren betr.
D. D. Braunschweig, den 30. Julius 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Es ist Unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen, welche Nachtheile, sowohl für die Ausbildung derer, die sich der richterlichen Laufbahn widmen, als für den Dienst selbst, daraus bisher entstanden sind, daß keine feste Bestimmung darüber, wie die Auditoren zu beschäftigen und für ihren künftigen Beruf zu bilden seien, so wie über die Art ihrer Vertheilung bei den verschiedenen Gerichten des Landes und ihre demnächstige Beförderung vorhanden ist. Um diese Nachtheile zu beseitigen und damit ein Jeder, der in den Staatsdienst tritt, im Voraus wisse, was von ihm erwartet werde, und zu welchen Erwartungen er selbst berechtigt sei, halten Wir es für angemessen, hierdurch Folgendes zu verordnen:

§. 1.

Diejenigen, welche als Auditoren zugelassen werden, sind im Allgemeinen verpflichtet, die ihnen übertragenen Geschäfte mit Fleiß und Pünktlichkeit zu verrichten, und haben ohne ein tadelfreies Verhalten in dieser Beziehung keine Hoffnung auf demnächstige Beförderung.

§. 2.

Die Auditoren sollen zuvörderst mindestens ein Jahr bei einem Kreisgerichte arbeiten, den Sitzungen des Gerichts beiwohnen, auch in den ersten drei Monaten nach ihrer Zulassung zum Protocolliren und Expediren angeleitet und ihnen zu ihrer Instruction besonders belehrende Civil- und

Criminal-Acten zum Lesen gegeben werden. In der folgenden Zeit sind dem Auditor durch den Director des Gerichtes leichte Civil- und Untersuchungsfachen zuzutheilen. Der Auditor soll von diesen Sachen im Collegio referiren, dem Beschlusse dieses gemäß, das Erkenntniß abfassen, jedoch beides unter der Correlation und Verantwortlichkeit eines Richters, welcher dem Auditor bei Bearbeitung dieser Sachen auch die erforderliche Anleitung zu geben hat. Erst wenn derselbe achtzehn solcher Relationen, über welche ein besonderes Register zu führen ist, worin der Correferent auch über die Qualität der Arbeiten Bemerkungen macht, gehalten hat, kann er zu dem zweiten Cursus übergehen.

§. 3.

Sodann werden diejenigen, welche diesen ersten Cursus absolvirt haben, einem Amte zugetheilt. Bei diesem werden sie mindestens ein Jahr bleiben. Sie sollen hier, außer zur Besorgung von Actuariatsgeschäften, Anleitung zu allen, der Amtscompetenz überwiesenen Geschäften erhalten, wobei ihnen indeß, wie sich von selbst versteht, eine selbstständige Thätigkeit nicht gestattet werden darf, sie vielmehr nur unter der Aufsicht und Verantwortlichkeit der Beamten arbeiten. Ueber die ihnen, außer den Actuariatsgeschäften, aufgetragenen Arbeiten soll ein besonderes Register geführt und in demselben von dem betreffenden Beamten bemerkt werden, wie diese Arbeiten beschaffen gewesen sind. Hat der Auditor in jedem Monate mindestens vier solcher Arbeiten zur Zufriedenheit des Beamten geliefert, so ist auch dieser Cursus beendigt. Entstehen Zweifel über die Tüchtigkeit der Arbeiten, in Beziehung auf die Beendigung des Cursus, so entscheidet darüber die Kreisdirection, deren Verfügung in das Register aufzunehmen ist.

§. 4.

Erst nach Beendigung dieses zweiten Cursus können die Auditoren zur Prüfung behuf des Richteramts zugelassen werden und bei dem Gesuche um diese Zulassung sind daher auch die Register über die sämmtlichen, sowohl bei dem Kreisgerichte

als bei dem Amte gelieferten, Arbeiten mit den dazu gemachten Bemerkungen in beglaubigter Ausfertigung mit einzureichen.

§. 5.

Diejenigen Auditoren, welche den zweiten Cursus beendigt haben, werden bei der Besetzung von Secretarien- und Actuarienstellen, insofern sie sich auch durch Pünktlichkeit und eine deutliche Handschrift dazu eignen; vorzüglich berücksichtigt, auch sollen sie, wo es erforderlich wird, den Gerichten bei den Actuariatsgeschäften eine außerordentliche Aushülfe zu geben, in der Regel solche besondere Aufträge erhalten und für die Zeit ihrer Beauftragung täglich 12 *ggr* Diäten erhalten.

§. 6.

Diejenigen Auditoren, welche sich dem Richteramte widmen, werden nach Beendigung des zweiten Cursus wieder einem Kreisgerichte zugetheilt und daselbst vorzüglich mit Bearbeitung von Civil- und Criminalsachen beschäftigt, unter der Controle eines Mitgliedes des Gerichts. Nach bestandnem zweiten Examen werden sie den Titel von Kreisgerichtsreferendaren erhalten.

§. 7.

Diejenigen unter den Kreisgerichtsreferendaren, welche sich durch Thätigkeit, Fähigkeit und Kenntnisse besonders auszeichnen, können nach einem Jahre, auf ihr Ansuchen, welches, von dem pflichtmäßigen Berichte des Kreisgerichts begleitet, Uns einzureichen ist, als Referendare Unserm Herzogl. Landesgerichte beigegeben werden. Hier sind sie einem Rathe zuzuordnen, unter dessen Anleitung sie in Civil- und Criminalsachen referiren und arbeiten. Haben sie bei Herzogl. Landesgerichte zwei Jahre lang als Referendare gearbeitet, und, nach einem Zeugnisse desselben, ihre Tüchtigkeit bewährt, so wollen Wir sie einem Amte, Stadt- oder Kreisgerichte als Assessoren mit Stimme, jedoch ohne Gehalt, beigegeben und dieselben bei entstehenden Vacanzen thunlichst berücksichtigen, ohne ihnen jedoch hiedurch einen Anspruch auf die zu besetzenden Stellen einzuräumen.

§. 8.

Da es sowohl der Bildung der Auditoren selbst nachtheilig,

als dem Staatsdienste schädlich ist, wenn eine zu große Anzahl derselben sich bei einigen Gerichten versammelt, während andere deren ganz entbehren, so sollen bei den in den Kreishauptorten ihren Sitz habenden Stadtgerichten und Ämtern nicht mehr als drei, bei den übrigen Ämtern nicht mehr als zwei, bei dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig nicht mehr als acht, bei dem Kreisgerichte Wolfenbüttel nicht mehr als sechs und bei den übrigen Kreisgerichten nicht mehr als vier zugelassen werden, es wäre denn, daß diese Zahl schon bei allen Gerichten des Landes vorhanden wäre.

§. 9.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf die bereits zugelassenen Auditoren keine Anwendung, als insofern, daß:

- a) alle Auditoren auf die in dieser Verordnung vorgeschriebene Weise zu beschäftigen und Listen über deren Arbeiten zu halten sind;
 - b) daß diejenigen, welche nicht bereits zwei Jahre und darüber zugelassen sind und noch bei keinem Amte gearbeitet haben, davon Unserm Herzogl. Staatsministerium Anzeige zu machen verpflichtet sind, um demnächst oder sofort einem Amte zugetheilt zu werden;
 - c) daß der §. 5 auf diejenigen, welche durch Zeugnisse ihrer Gerichte ihre besondere Qualification nachweisen und bereits zwei Jahre und darüber dienen, so wie die §§. 6 und 7 auf diejenigen, welche das zweite Examen gemacht haben oder noch machen werden, angewandt werden sollen.
- Die betreffenden Behörden, so wie Jeder, den es sonst angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 30. Julius 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.
Graf von Belthheim. von Schleinitz. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 18.

Braunschweig, den 27. August 1833.

(23.) Verordnung, die Unterdrückung der in Zwickau erschienenen Zeitschrift „die Biene“ betreffend.

D. D. Braunschweig, den 16. August 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Demnach in der 26. diesjährigen, am 20. Junius gehaltenen Sitzung der Deutschen Bundesversammlung beschlossen worden, daß dem Redacteur der in Zwickau erschienenen, wegen ihrer aufrührerischen Tendenz unterdrückten Zeitschrift „die Biene,“ Magister Richter, nach Maßgabe des provisorischen Pressgesetzes vom 20. September 1819 die Fortsetzung des gedachten Blattes unter demselben oder unter einem andern Titel während der nächsten fünf Jahre innerhalb der Deutschen Bundes-Staaten nicht gestattet sein soll, sämtliche Bundesregierungen auch um die Vollziehung dieses Beschlusses ersucht sind, so werden die betreffenden Behörden hiedurch angewiesen, auf die Befolgung der im Obigen enthaltenen Vorschriften zu achten

— 100 —

und etwaige Uebertreter nach Maßgabe der gegen die Verbreitung verbotener Schriften bestehenden Gesetze zur gebührenden Verantwortung zu ziehen.

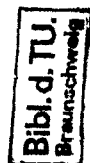
Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. August 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthheim. Schulz.



Gesetz- und Ordnungs-Sammlung.

No 19.

 Braunschweig, den 20. September 1833.

- (24.) Instruction für die zur Kuhpockenimpfung befugten Medicinal-Personen.

Nachdem die in dem §. 3 des Gesetzes vom 30. März d. J. die allgemeine Impfung der Kuhpocken betreffend, erwähnte nachfolgende Instruction für die zur Kuhpocken-Impfung befugten Medicinal-Personen :

1. Ein jeder Impfarzt hat zuvörderst mit dem Inhalte des Gesetzes vom 30. März 1833, die allgemeine Einführung der Kuhpockenimpfung betreffend, sich genau bekannt zu machen.

2. Die Physici, denen die Beforgung des Impfgeschäfts gesetzlich übertragen ist, haben auf den Grund der bei ihnen eingehenden Listen der Gebornen und Eingewanderten einen Plan zu entwerfen, in welcher Zeit und Reihenfolge sie in den verschiedenen Ortschaften ihres Bezirks die Impfung im Laufe des Jahres vornehmen wollen. Sie haben bei Bestimmung dieser Reihenfolge vorzüglich die Lage und Entfernung der einzelnen Ortschaften, so wie die Anzahl und das Alter der in einer jeden Gemeinde vorhandenen Impflinge zu berücksichtigen, damit die Fortpflanzung der Impfung von Ort zu Ort befördert, die Eistirung der Impflinge zu den Impf-

und Besichtigungsterminen erleichtert, eine zu frühzeitige Impfung der Kinder aber vermieden werde.

3. Die übrigen Impfsärzte sind in Ansehung der Impfungen, welche sie immer nur auf Veranlassung besonderer Aufforderung vornehmen können, an eine gewisse Zeit und Reihenfolge nicht gebunden, jedoch verpflichtet, sofort nach geschehener Impfung den Physicus sowohl davon, als auch von den zur Revision des Impflings anzusetzenden Terminen zu benachrichtigen.

4. Die Impfung amtlich anerkannter Armen ist den Physicis allein übertragen, und unterbleibt demnach die Einsendung von Liquidationen für verrichtete Impfungen durch andere Impfsärzte. Ferner kann die Hülfe der Polizeibehörden in Betreff rückständig gebliebener Gebühren nur von den Physicis in Anspruch genommen werden, da von den übrigen Impfsärzten nur auf Veranlassung besonderer Aufforderungen von Privaten die Impfungen vorgenommen werden sollen.

5. Die Impfung und Fortpflanzung der Kuhpocken darf in der Regel nur mit frischer Lymphe von Arm zu Arm geschehen, und der Impfstoff nur aus einer vollkommenen, guten, durch mechanische oder dynamische Verhältnisse in dem normalen Verlaufe nicht gestörten, achten Schußblatter eines sieben Tage zuvor geimpften Kindes genommen werden, bevor die Randröthe der Blatter vollständig sich gebildet hat.

6. Dem Impflinge werden in der Gegend der Insertion des Delta-Muskels an jedem Oberarme mittelst einer Lanzette oder einer Impfnadel wenigstens drei Ein-

stiche oder Schnitte in die Oberhaut gemacht, wobei nur wenig oder gar kein Blut sich zeigen darf. Die Stiche müssen wenigstens einen Zoll weit von einander entfernt sein. Mit derselben Lanzette wird der flüssige Impfstoff in die oberflächlichen Hautstiche gebracht; der Arm des Impflings aber noch so lange unbedeckt gelassen, bis die Impfstelle trocken erscheint, damit die aufgetragene Lympher nicht abgemischt wird.

7. Nach geschehener Impfung und vorschriftsmäßiger Eintragung des Namens, Alters, Impftages u. s. w. in die vorhandenen Impf-Register unterrichtet der Arzt die Angehörigen des Kindes über die Veränderungen des allgemeinen Gesundheitszustandes und des örtlichen Verlaufs der entstehenden Schutzblattern, damit bei der nächsten Besichtigung genaue Auskunft darüber gegeben werden könne; auch macht er ihnen bekannt, daß das Kind am 7ten Tage und 14ten Tage nach der Impfung zur Besichtigung wieder gestellt werden müsse, widrigenfalls sie in die gesetzliche Strafe von 1 fl oder verhältnißmäßigem Gefängniß verfallen würden.

8. Am 7ten Tage, den Impftag nicht eingerechnet, besichtigt der Impfarzt die entstandenen Blattern und wählt zu weiterer Fortpflanzung des Impfstoffes einige derselben aus; jedoch so, daß bei dem Geimpften mindestens zwei Blattern zu weiterer Impfung nicht benutzt und ungedöffnet bleiben. Ist nur eine Blatter vorhanden, so darf diese nicht gedöffnet, nicht zur Fortpflanzung des Impfstoffes benutzt werden.

9. Nachdem die anzuführenden Umstände in die vor-

handenen Listen an Ort und Stelle eingetragen worden, belehrt der Impfarzt die Angehörigen wiederum über die in den nächsten 7 Tagen erfolgenden allgemeinen und örtlichen Veränderungen in dem Gesundheitszustande des Kindes, und wiederholt, daß sie dasselbe nach 7 Tagen, also am 14ten Tage nach geschener Impfung, bei Vermeidung obiger gesetzlicher Strafe, nochmals zu stellen haben.

10. Am 14ten Tage wird zum letzten Male vom Impfarzte nachgesehen, wie die Pocken im Abtrocknungs-
Stadio sich verhalten; er vergleicht die Beschaffenheit der Impfstellen mit dem, was die Angehörigen über das Entstehen, die Dauer und den Umfang der Rose an den Pusteln, über die etwa entstandene allgemeine Unruhe, Unpässlichkeit des Kindes, ihm berichten, und trägt die desfallige Bemerkung in die Register, die er bei der Impfung und den nachherigen Revisionen stets zur Hand haben muß, ein.

11. Werden jedoch zu der ersten und zweiten Besichtigung am 7ten und 14ten Tage die Kinder nicht gebracht, so muß der Impfarzt in ihren Wohnungen sie aufsuchen, damit die jedenfalls erforderliche Nachweisung in die Register eingetragen werden könne.

12. Nach der letzten Revision stellt der Impfarzt über ein jedes Kind, bei dem der Verlauf der Schutzpocken vollkommen richtig sich gezeigt hat, einen Schein nach der Form sub litt. *A.* aus. Ist aber der Verlauf nicht regelmäßig gewesen, oder hat das Kind gar keine Pocken bekommen, so wird für solche Kinder ein Schein nach der Form sub litt. *B.* mit der Bedeutung erteilt,

daß es binnen Jahresfrist, jedoch nicht vor Ablaufe von 6 Monaten, zu einer zweiten Impfung gestellt werden müsse. Sollten nach dieser zweiten Impfung wiederum normale Blattern nicht zum Vorschein kommen, so muß das Kind zu einer dritten Impfung in den angegebenen Zeiträumen bestellt werden. Wenn endlich auch diese dritte Impfung fehlschlägt, so wird einem solchen Kinde ein Freischein in der Form sub litt. C. ausgestellt, und darüber, daß dieses geschehen, in den Listen das Nöthige bemerkt.

13. Der Impfarzt darf den Schein nur dann ausstellen, wenn der Impfling am 7ten und 14ten Tage von ihm besichtigt worden; er hat jeden Schein selbst zu unterschreiben, auch die Nummer des Kindes nach der Impfliste darin zu bemerken. Im Fall ein Schein verloren gegangen, oder der Impfarzt vor der Ausfertigung gestorben sein sollte, so ist im ersten Falle der Impfarzt selbst, im andern Falle aber der jedesmalige Physicus allein berechtigt, nach der Angabe in den Registern einen neuen Schein auszustellen.

14. Bei Führung der Register, wozu die Formulare von dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegio unentgeltlich verabfolgt werden, wird den Impfärzten die genaue Angabe der in den einzelnen Rubriken enthaltenen Umstände zur Pflicht gemacht.

Namentlich hat der Impfarzt vor der Vaccination

- a) den Gesundheitszustand des Kindes, die etwa vorhandenen angeborenen und erblichen Krankheitsformen in der Rubrik 8 mit wenigen Worten auszudrücken;

- b) in der 9ten Rubrik sind die Namen beider Eltern und das Gewerbe des Vaters anzuführen;
- c) in der 12ten Rubrik ist anzuführen, von welchem Kinde die Lymphe genommen worden. Falls Umstände es unabänderlich nothwendig gemacht hätten, mit trockener Materie die Impfungen wieder anzufangen, muß dessungeachtet das Individuum, von dem die Materie herrührt, der Arzt, von welchem sie erhalten, und das Datum, wann solche aufgenommen, in der letzten Rubrik unter den allgemeinen Bemerkungen aufgeführt werden;
- d) in der 16ten und 17ten Rubrik sind allgemeine Ausdrücke bei Schilderung des Verlaufs der Krankheit durchaus nicht zu gebrauchen, sondern es muß bei dem Verlaufe der Inoculation an der Impfstelle ohne Ausnahme bei jedem Kinde bemerkt werden, wie viele Pusteln an jedem Arme entstanden, wann der Ausbruch erfolgt ist, wie die Pusteln am 7ten Tage sich verhalten, ob und wann Unpässlichkeit, Fieber sich eingestellt, wann der Eintritt der Rose stattgefunden, wie am 14. Tage die Schärfe der Pusteln beschaffen, ob und in welchem Grade noch Spuren der Rose vorhanden gewesen sind;
- e) in der 18ten Rubrik ist das Datum anzugeben, unter welchem einem jeden Kinde der Impfschein ausgestellt ist;
- f) in der letzten Rubrik sind die Abweichungen im Verlaufe der Krankheit, so wie die etwanige Nicht-

ausstellung des Impffcheins und die desfalligen Gründe einzutragen.

15. Die Original-Register über die im Laufe eines Jahres vorgenommenen Impfungen werden im Anfange des folgenden Jahres dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium zur Revision und fernern Aufbewahrung eingesandt. Ein jeder Impfarzt, welcher an dem Orte, wo er geimpft hat, nicht zugleich Physicus ist, hat daher diese Original-Register, nachdem er davon zu eigenem Gebrauche Abschriften zurückbehalten, bis zum 15ten Januar jeden Jahres an den betreffenden Physicus abzugeben, welcher solche sammelt und nebst den selbstgeführten Original-Registern, von denen er für die Physicats-Registratur Abschriften zurückbehält, bis zum 1sten Februar dem Herzoglichen Ober-Sanitäts-Collegium einsendet, zugleich auch eine General-Tabelle der im verfloffenen Jahre in seinem Bezirke ausgeführten Impfungen nach dem Schema *D.* beifügt,

die Höchste Genehmigung erhalten hat, so wird solche den Medicinal-Personen, so wie dem übrigen Publikum zur Nachricht und Nachachtung hiemit bekannt gemacht.

Braunschweig, den 11. September 1833.

Herzogl. Braunschweig-Lüneburgisches Ober-Sanitäts-Collegium.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 20.

Braunschweig, den 5. November 1833.

(25.) Bekanntmachung, die Bestallung des Land-Syndicus betreffend.

D. D. Braunschweig, den 26. October 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Nachdem zu weiterer Ausführung des §. 115 der neuen Landschafts-Ordnung zwischen Uns und den getreuen Ständen eine Uebereinkunft darüber getroffen worden, inwiefern die Bestimmungen des Gesetzes über den Civil-Staatsdienst auf den Land-Syndicus anzuwenden seien, so lassen Wir diese in der Anlage befindlichen Bestimmungen hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, und haben Alle, die es angeht, sich danach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Canzlei-Siegels.

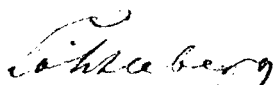
Braunschweig, den 26. October 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz.

Schulz.



Bestimmungen

aus

dem Gesetze über den Civil-Staatsdienst vom 12.
October 1832 für den Land-Syndicus im Herz-
zogthum Braunschweig.

Bemerkung: Die Abkürzung D. G. bezeichnet das Gesetz über
den Civil-Staatsdienst vom 12. October 1832.

Erster Abschnitt.

Von der Verleihung des Amtes und den Rechten
und Pflichten des Land-Syndicus.

§. 1.

1. Erfordernisse zur Erlangung des Amtes.

Der Land-Syndicus muß die zum Richteramte im
hiesigen Lande erforderliche Qualification haben. (D. G.
§. 4.)

§. 2.

2. Art der Verleihung.

Die Ernennung zu dem Amte des Land-Syndicus
erfolgt durch die Bestallung, welche von dem Präsidenten
der Ständerversammlung oder von dem Ausschusse aus-
gestellt wird.

Der Dienstverband wird durch die Vollziehung der
Bestallung von Seiten des Land-Syndicus als abge-
schlossen betrachtet. (D. G. §. 7.)

§. 3.

3. Anfang der Dienstzeit.

Bei Berechnung der Dienstzeit wird das Datum der Bestallung, und wenn der Land-Syndicus Staatsdiener oder Gemeindebeamter oder Advocat in hiesigen Landen oder im vormaligen Königreiche Westphalen gewesen ist, das Datum des ersten erteilten Patentcs, oder der die Stelle des Patentcs vertretenden höchsten Verfügung, oder des Zeugnisses seiner Reception als Advocat zum Grunde gelegt. Die Zeit, welche in Vorbereitungsstellen zugebracht ist, kommt nicht in Anrechnung. (D. G. §. 8.)

§. 4.

4. Eidesleistung, Einführung und Cautio.

Dem Beginne der Amtsfunctionen soll die Leistung des Amtseides und die Einführung vorausgehen.

Diese Handlungen sind indeß kein wesentliches Erforderniß des Bestehens des Dienstverbandes.

Der Land-Syndicus hat vor dem Dienstantritte wegen der ihm übertragenen Cassenführung eine Cautio von 1000 Rthlr. durch Landes-Obligationen oder Grundstücke zu bestellen. (D. G. §. 9.)

§. 5.

5. Dauer des Amtes.

Das Amt des Land-Syndicus ist, als auf Lebenszeit verliehen, zu betrachten, vorbehaltlich der weiter unten gegebenen Bestimmungen über Aufhebung des Dienstverbandes. (D. G. §. 10.)

§. 6.

6. Rang.

Mit dem Amte wird dem Land-Syndicus von dem

Landesfürsten ein seinen Verhältnissen angemessener Rang bestimmt. (D. G. §. 11.)

§. 7.

7. G e h a l t.

a. Recht auf den Normal = Gehalt.

Durch Uebertragung des Amtes wird der Land-Syndicus berechtigt, den mit demselben verbundenen Normal = Gehalt zu beziehen.

Dieser wird auf jährlich 1200 Rthlr. festgesetzt.

Sollte unter außerordentlichen Umständen eine Erhöhung dieses Gehaltes wünschenswerth erscheinen, so hängt dieselbe von einer besondern Uebereinkunft zwischen der Regierung und der Ständeversammlung ab. (D. G. §. 12.)

§. 8.

b. Neben = Einkünfte.

Zu den Neben = Einkünften des Land-Syndicus gehört eine Dienstwohnung im landschaftlichen Hause, oder, sofern eine solche nicht offen sein sollte, bis dahin, daß dieselbe eingerichtet sein wird, eine jährliche Mietentschädigung von 200 Rthlr. Diese und die bei dem Amte zu beziehenden Diäten, Reisekosten und Nebeneinkünfte, welche nur als Entschädigung für gewisse, mit dem Amte verbundene Geschäfte, oder durch dasselbe veranlasste Ausgaben zu betrachten sind, gehören nicht zu dem Normal = Gehalte. (D. G. §. 13.)

§. 9.

c. Zeit der Gehaltszahlung.

Der Normal = Gehalt soll monatlich ausgezahlt und stets nach ganzen Monaten berechnet werden, so daß nach dem Ersten jeden Monats der Gehalt für diesen ganzen Monat fällig ist, und nach dieser Zeit auf die Erben des Land-Syndicus übergeht. (D. G. §. 14.)

§. 10.

d. Arrest auf den Gehalt.

Nur ein Drittheil des Normal-Gehaltes kann auf ergangene richterliche Verfügung mit Arrest belegt werden. (D. G. §. 15.)

§. 11.

F o r t s e t z u n g.

Die Arrest-Anlage auf den Gehalt ist dem Herzogl. Finanz-Collegio zu insinuiren, und der Arrest wird in dem nächsten Monate nach der Insinuation in Vollzug gesetzt. (D. G. §. 16.)

§. 12.

8. Geschäftskreis.

Mit dem Amte des Land-Syndicus ist der durch das Staats-Grundgesetz und die Geschäftsordnung bestimmte Geschäftskreis verbunden.

Außerdem gehören dazu:

- 1) die Aufsicht über die landschaftliche Bibliothek;
- 2) die Führung sämmtlicher im Namen der Ständeversammlung oder des Ausschusses nöthig werdenden Prozesse.

In diesen Geschäftskreis nicht gehörende Functionen zu übernehmen, ist der Land-Syndicus nicht verpflichtet.

Er kann sich indeß nicht weigern, einzelne, seinem Wirkungskreise entsprechende Aufträge und Commissionen, sofern ihm dieselben von der Ständeversammlung oder dem Ausschusse übertragen werden, gegen Entschädigung, zu übernehmen. (D. G. §. 17.)

§. 13.

F o r t s e t z u n g.

Glaubt der Land-Syndicus durch einen entstehenden Zuwachs von Geschäften entweder über seine Kräfte be-

lastet, oder auf Arbeiten angewiesen zu sein, welche seiner Dienststellung nicht angemessen sind, so steht ihm, je nachdem die Belastung von dem Präsidenten des Ausschusses, dem Ausschusse selbst oder dem Präsidenten der Ständeverammlung herrührt, der Recurs an den Ausschuss oder an die Ständeverammlung selbst, und zwar an diese beim nächsten Landtage, in jedem Falle frei, bei deren Entscheidung es sein Verbleiben behält. (D. G. §. 19.)

§. 14.

9. Allgemeine Pflichten des Land-Syndicus.

Der Land-Syndicus ist schuldig, alle Handlungen zu vermeiden, welche mit seinen Dienstobliegenheiten unverträglich sind, insbesondere solche, durch welche die Würde und die Ehre seines Standes und das in ihn gesetzte Vertrauen verletzt wird. (D. G. §. 21.)

§. 15.

10. Dessen Verantwortlichkeit.

Er hat die ihm übertragenen Amtsgeschäfte mit Gewissenhaftigkeit, Treue und Fleiß, nach bester Einsicht zu verrichten, und ist für die gesetzmäßige, pünktliche und umsichtige Führung seiner Amtsgeschäfte verantwortlich. (D. G. §. 22.)

§. 16.

11. Beschränkung derselben.

Der Land-Syndicus hat die nach der Geschäftsanordnung des Präsidenten der Ständeverammlung oder des Ausschusses ihm zukommenden Verrichtungen zu übernehmen, sobald jene Anordnung innerhalb der Gränzen der Zuständigkeit des Präsidenten getroffen und die Aufforderung in der vorgeschriebenen Form erlassen ist.

Befolgt er aber Verfügungen, welche entweder nicht in der Zuständigkeit des Präsidenten liegen, oder nicht in der vorschriftsmäßigen Form erlassen sind, so geschieht dies auf seine eigene Verantwortlichkeit.

Entstehen Zweifel darüber, ob der Präsident die Verfügung zu erlassen befugt sei, — so hat der Land-Syndicus bei dem Ausschusse oder der Ständerversammlung anzufragen, oder geziemende Vorstellungen auf eine, den Geschäftsgang so wenig als möglich verzögernde Weise zu machen. Wird auf diese Vorstellung der vorige Beschluß wiederholt, so ist er zu befolgen, und der Land-Syndicus ist von aller Verantwortlichkeit frei. (D. G. S. 23.)

§. 17.

12. Amtsverschwiegenheit.

Der Land-Syndicus hat die Pflicht, die ihm vermöge seines Amtes bekannt gewordenen und Geheimhaltung erfordernden Gegenstände Niemandem zu offenbaren, und ist, wenn er den Dienst verläßt, gehalten, einen eidlichen Revers über die genaue Beobachtung dieser Verpflichtung auszustellen. (D. G. S. 21.)

§. 18.

13. Verbot der Annahme von Titeln u. s. w.

Der Land-Syndicus darf ohne besondere Zustimmung der Ständerversammlung oder des Ausschusses, mit vorbehaltener Genehmigung der erstern, keine Titel, Ehrenzeichen, Aufträge oder Remunerationen von irgend einer Regierung annehmen, oder Geschäftsführungen für Privatpersonen, oder einen mit seinem Amte nicht vereinbaren Nebenerwerb betreiben.

Darüber, ob solche Geschäfte mit dem Amte vereinbar seien, oder nicht, steht die Beurtheilung allein der

Ständerversammlung, oder dem Ausschusse, mit Vorbehalt der Genehmigung der erstern, zu.

Insbefondere darf der Land-Syndicus keine advocatorische Praxis betreiben, oder Consulentschaften übernehmen, auch keine Vormundschaften und Curatelen, außer über Mitglieder aus seiner Familie. (D. G. §. 25.)

§. 19.

14. Verbot der Beziehung unbewilligter Gebühren.

Für außerordentliche Mühwaltungen darf der Land-Syndicus ein Honorar nur mit Zustimmung der Ständerversammlung oder des Ausschusses annehmen.

Regelmäßig hat der Land-Syndicus folgende Nebeneinkünfte zu beziehen:

- 1) Beglaubigungsgebühren für verlangte beglaubigte Abschriften, welche nicht von Amtswegen zu ertheilen sind;
- 2) diejenigen Deserviten, welche in den zu Gunsten der Ständerversammlung entschiedenen Prozessen der Gegner zu erstatten hat. (D. G. §. 26.)

§. 20.

15. Urlaub.

a. Nothwendigkeit desselben.

Der Land-Syndicus darf sich ohne Urlaub von dem ihm angewiesenen Wohnorte nicht entfernen. (D. G. §. 27.)

§. 21.

b. Beurlaubung.

Den Urlaub, wo derselbe erbeten und zulässig ist, ertheilt die Ständerversammlung, oder der Ausschuss, oder, wenn dieselben nicht versammelt sind, deren Präsidenten. (D. G. §. 28.)

§. 22.

c. Besorgung der Dienstgeschäfte des Land-Syndicus während der Beurlaubung desselben.

Wird der Land-Syndicus beurlaubt, so trifft der Präsident des Ausschusses oder der Ständeverammlung die erforderliche Verfügung wegen Besorgung seiner Geschäfte. (D. G. §. 29.)

§. 23.

d. Gehalt während des Urlaubs.

In der Regel wird Urlaub mit Gehalt auf länger als zwei Monate nicht ertheilt werden.

Der Land-Syndicus kann daher für die nach den ersten zwei Monaten folgenden, auf Urlaub zugebrachten Monate Gehalt nicht verlangen, mag nun gleich anfänglich ein längerer als ein zweimonatiger Urlaub ertheilt, oder der anfänglich ertheilte kürzere Urlaub verlängert sein. (D. G. §. 30.)

Zweiter Abschnitt.

Von den Ordnungs- und Disciplinarstrafen.

§. 24.

1. Ordnungsstrafen.

Der Präsident der Ständeverammlung oder des Ausschusses ist befugt und verpflichtet, sowohl wegen Dienstwidrigkeiten, als auch in den Fällen, wo ihm gegen die Mitglieder der Ständeverammlung eine Disciplinargewalt zusteht, (Geschäfts-Ordnung §. 14, Art. 4, §. 65.) dem Land-Syndicus Erinnerungen und Zurechtweisungen zu ertheilen.

Auch ist derselbe verpflichtet, über die Förderung der Arbeiten des Land-Syndicus eine genaue Controlle

zu führen, und ihn, wenn er säumig ist, mit Geldstrafen zu belegen, welche indeß den vierten Theil des monatlichen Gehalts nicht übersteigen dürfen, und durch vorhergehende, unter Zustimmung der Ständerversammlung oder des Ausschusses erlassene Verfügung angedrohet sein müssen.

Gegen die Ausübung dieser Befugniß steht der Recurs an die Ständerversammlung, oder den Ausschuß zu; bei dem darauf folgenden Beschlusse behält es jedoch sein Bewenden. (D. G. S. 34.)

§. 25.

Fortsetzung.

Der Präsident kann, unter Zustimmung der Ständerversammlung oder des Ausschusses, den Land-Syndicus durch Geldstrafen zur Ausführung der ihm nach der Geschäftsanordnung überwiesenen Besorgungen anhalten.

Die Geldstrafen müssen jedoch eben so, wie im vorigen §., vorher angedrohet sein, und dürfen die Summe von 50 Rthlr. nicht übersteigen.

Auch kann der Präsident, unter Zustimmung der Ständerversammlung, oder des Ausschusses, auf Kosten des Säumigen, durch einen besonders zu verpflichtenden Substituten, die Erledigung eines verzögerten Dienstgeschäfts vornehmen lassen. (D. G. S. 35.)

§. 26.

2. Disciplinarstrafen.

a. Stroffälle.

Disciplinarstrafen sollen in folgenden Fällen gegen den Land-Syndicus verfügt werden:

- 1) wenn Ordnungsstrafen wiederholt nöthig geworden sind, und nicht gebessert haben;

- 2) bei Ungehorsam, Widersetzlichkeit und überhaupt jedem ungebührlichen Benehmen im Dienste;
- 3) bei einem unwürdigen, zur öffentlichen Kundbarkeit gekommenen Betragen, durch welches die dem Land-Syndicus erforderliche Achtung verletzt wird;
- 4) bei einer unverbesserlichen, in den Dienstverhältnissen bewiesenen Unverträglichkeit.

In den Fällen ad 2 und 3 treten Disciplinarverfügungen, unter Zustimmung der Ständeversammlung, oder des Ausschusses, jedoch nur dann ein, wenn diese Handlungen nicht von der Art sind, daß sie in ein anderes Vergehen ausarten, welches sich zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung eignet. (D. G. §. 36.)

§. 27.

b. Strafarten.

Die zulässigen Disciplinarstrafen sind:

- 1) schriftlicher Verweis;
 - 2) Verweis vor der Ständeversammlung in geheimer Sitzung, oder dem Ausschusse.
- (D. G. §. 37.)

§. 28.

c. Anwendung dieser Strafarten.

Ob ein schriftlicher oder ein Verweis vor der Ständeversammlung, oder dem Ausschusse zu verfügen sei, ist nach der Schwere des Falls zu ermessen. (D. G. §. 38.)

§. 29.

d. Verfügende Behörden.

Disciplinarstrafen werden gegen den Land-Syndicus von der Ständeversammlung, oder dem Ausschusse verfügt. (D. G. §. 39.)

§. 30.

e. Verfahren.

Der Präsident der Ständeversammlung oder des Aus-

schusses hat, wenn ein Disciplinarvergehen des Land-Syndicus zu seiner Kenntniß gelangt, diesen zur schriftlichen Verantwortung aufzufordern. Nachdem diese eingegangen ist, auch die zur Beurtheilung kommenden Thatfachen, soweit und insofern dieses erforderlich, festgestellt und aufgeklärt sind, erläßt die Ständeversammlung oder der Ausschuß die sachgemäße Verfügung, welche dem Land-Syndicus bekannt zu machen, und worüber, falls dieselbe eine Strafe enthält, eine Zustellungsbescheinigung zu den Acten zu nehmen ist.

Bei den Verweisen ist stets zu bemerken, ob sie als erste oder zweite Disciplinarstrafe verfügt worden.

Gegen jede solche Strafverfügung, falls sie von dem Ausschusse ergangen wäre, findet ein Recurs an die nächste Ständeversammlung Statt. (D. G. S. 40.)

3. Stellung vor Gericht wegen Amtsvergehen.

Nicht wegen Amtsvergehen, wohl aber wegen gemeiner Vergehen des Land-Syndicus können die Gerichte gegen denselben von Amtswegen verfahren.

Wegen Amtsvergehen können dieselben gegen ihn nur auf Antrag der Landesregierung, der Ständeversammlung oder des Ausschusses eine Untersuchung einleiten.

Eine Civilklage wegen Amtsvergehen hat nur Statt nach beendigtem Untersuchungs- oder Disciplinarverfahren, wodurch jedoch frühere Sicherungsmaßregeln nicht ausgeschlossen werden. (D. G. S. 42.)

Dritter Abschnitt.

Von der Auflösung des Dienstverbandes.

§. 32.

1. Verabschiedung.

a. Auf Ansuchen des Land-Syndicus.

Der Land-Syndicus kann, ohne Gründe für sein Gesuch anzuführen, seine Verabschiedung verlangen. (D. G. §. 43.)

§. 33.

Fortsetzung.

Ein solches Gesuch kann nur dann und bis dahin verweigert werden, wenn der Land-Syndicus noch nicht Rechnung abgelegt oder verschuldete Geschäftsrückstände, oder sonst aus dem Dienstverbande hervorgehende, bereits entstandene Verbindlichkeiten noch zu erfüllen hat. (D. G. §. 44.)

§. 34.

Fortsetzung.

Der auf sein Gesuch verabschiedete Land-Syndicus verliert Titel und Rang des Amtes und Anspruch auf Gehalt oder Pension. (D. G. §. 45.)

§. 35.

2. Versetzung in den Ruhestand.

a. Recht des Land-Syndicus, sie zu verlangen.

Der Land-Syndicus hat das Recht, zu verlangen, in den Ruhestand versetzt zu werden:

- 1) nach zurückgelegtem fünfzigsten Dienstjahre;
- 2) nach zurückgelegtem siebenzigsten Altersjahre;
- 3) wegen körperlicher oder geistiger Schwäche, die ihn hindert, dem Dienst länger vorzustehen. (D. G. §. 49.)

§. 36.

b. Temporäre Dienstunfähigkeit.

Ist die Dienstunfähigkeit nur eine vorübergehende, so hat der bereits pensionirte Land-Syndicus die Verpflichtung, wenn die Dienstunfähigkeit gehoben ist, auf Erfordern in den Dienst wieder einzutreten. (D. G. §. 51.)

§. 37.

c. Folgen der Versetzung in den Ruhestand.

Der in den Ruhestand versetzte Land-Syndicus behält den Titel und Rang seines Amtes, und hat das Recht, den Ruhegehalt für seine Lebensdauer zu verlangen. (D. G. §. 53.)

§. 38.

d. Normal-Ruhegehalt.

Die Größe des Normal-Ruhegehaltes wird nach der Größe des Normal-Gehaltes und der Zahl der Dienstjahre bestimmt.

Derselbe soll betragen:

bis zum fünften Dienstjahre, dieses einschließlich, ein Drittheil des Normal-Gehaltes;

von dem fünften Dienstjahre an, soll der Normal-Ruhegehalt mit jedem Dienstjahre um $1\frac{1}{2}$ Procent des Normal-Gehaltes steigen, so daß mit dem vollendeten funfzigsten Dienstjahre der volle Normal-Gehalt als Pension bezogen wird, welche aber auch durch eine längere Dienstzeit nicht erhöht wird. (D. G. §. 54.)

§. 39.

e. Gnaden-Ruhegehalt.

Es hängt von der Uebereinkunft zwischen der Regierung und der Ständerversammlung ab, dem besonders ausgezeichneten Land-Syndicus, und als Belohnung treuer Dienste, die Gnaden-Pension zu verleihen. Diese wird auch demjenigen zu Theil werden, welcher durch

Anstrengungen im Dienste oder bei Ausübung desselben dienstunfähig geworden ist.

Die Frage: ob dies der Fall sei, kann nicht zur gerichtlichen Erörterung und Entscheidung gezogen werden. (D. G. §. 55.)

§. 40.

Fortsetzung.

Der Gnaden-Ruhegehalt soll betragen können:
bis zum zehnten Dienstjahre, dieses einschließlich,
drei Fünftheile des Normalgehaltes;
vom zehnten bis zum fünf und zwanzigsten Dienstjahre, dieses einschließlich, vier Fünftheile des Normalgehaltes;
bei einer längern Dienstzeit den vollen Normal-Gehalt. (D. G. §. 56.)

§. 41.

f. Berechnung der Dienstjahre.

Bei Berechnung der Dienstzeit, um den Betrag der Pension auszumitteln, sind die Jahre, welche der Land-Syndicus in hiesigen Staatsdiensten, oder als Gemeindeg. amter, oder als Advocat, oder in solcher Qualität in Diensten des vormaligen Königreichs Westphalen zugebracht hat, mit in Anrechnung zu bringen. (D. G. §. 57.)

§. 42.

g. Arrest auf die Pension.

Die Pension kann nur bis zum fünften Theile ihres Betrages mit Arrest belegt werden. (D. G. §. 58.)

§. 43.

h. Verlust der Pension.

Die Pension geht verloren:

- 1) wenn der pensionirte Land-Syndicus wegen eines Vergehens rechtskräftig verurtheilt wird, welches,

wenn er noch in Activität wäre, dessen Absetzung zur Folge haben würde;

- 2) wenn er ohne Bewilligung der Landesregierung und der Ständeversammlung für fremde Staaten, oder ohne Bewilligung der Ständeversammlung für die Landesregierung Aufträge übernimmt;
 - 3) wenn er seinen Wohnsitz in das Ausland verlegt, ohne Erlaubniß der Landesregierung und der Ständeversammlung;
 - 4) wenn eine nur temporaire Dienstunfähigkeit (§36.) gehoben ist, und der in Folge derselben pensionirte Land-Syndicus sich dennoch weigert, das Amt wieder zu übernehmen, oder eine seinem Range und vorigen Gehalte entsprechende, seinen Kräften angemessene, ihm von der Landesregierung, unter Zustimmung der Ständeversammlung, angebotene Anstellung anzunehmen.
- (D. G. §. 59.)

§. 44.

i. Entlassung.

Die Entlassung aus dem Amte kann nur durch rechtskräftiges Erkenntniß des competenten Gerichts verfügt werden.

Sie soll, außer in den Fällen, welche die Strafgesetze bestimmen, erkannt werden:

- 1) wenn der Land-Syndicus im Disciplinarwege mit der Entlassung bedrohet ist, und dennoch von Neuem sich eines Disciplinar-Vergehens schuldig macht;
- 2) wenn er durch ein unsittliches Betragen ein solches öffentliches Aergerniß gegeben hat, daß die ihm nothwendige Achtung zerstört, und die Fortführung des Amtes durch ihn mit der Würde seines Standes unverträglich ist.

Die Gerichte sind in einem solchen Falle an die Strenge des juristischen Beweises nicht gebunden, vielmehr darf die richterliche Ueberzeugung durch dringende Verdachtsgründe bestimmt, und das Straferkenntniß darauf gebauet werden.

- 3) wenn er in einen dringenden Verdacht geräth, ein Vergehen begangen zu haben, welches, wenn es erwiesen wäre, dessen Absetzung zur Folge haben würde, und der Richter ihn nur von der Instanz entbinden kann.

(D. G. §. 60.)

§. 45.

k. Folgen der Entlassung.

Der entlassene Land-Syndicus verliert Titel und Rang seines Amtes, und dessen Normal-Gehalt wird auf ein Fünftheil, ohne Rücksicht auf die Dienstjahre, reducirt. Es ist jedoch der Uebereinkunft zwischen der Regierung und der Ständerversammlung vorbehalten, ob demselben der Normal-Ruhegehalt verwilligt werden soll.

(D. G. §. 61.)

§. 46.

3. Absetzung.

Die Absetzung kann nur durch die rechtskräftige Entscheidung des competenten Gerichts verfügt werden.

Sie soll, außer den durch die Strafgesetze bestimmten Fällen, als nothwendige Folge der erkannten Strafe verfügt werden:

- 1) wenn der Land-Syndicus wegen Diebstahls, Hehlerei, Betrugs, oder Meineides zu irgend einer Strafe rechtskräftig verurtheilt wird;
- 2) wenn er wegen eines mit Vorsatz begangenen Verbrechens zu einer härteren, als einjährigen Freiheitsstrafe verurtheilt wird.

(D. G. §. 62.)

§. 47.

Folgen der Absetzung.

Der abgesetzte Land-Syndicus verliert Rang, Titel und Gehalt seines Amtes. (D. G. §. 63.)

§. 48.

Folgen der Absetzung und Entlassung.

Der abgesetzte oder entlassene Land-Syndicus kann als solcher nicht wieder angestellt werden. (D. G. §. 64.)

§. 49.

S c h l u ß.

Inwiefern und unter welchen Modificationen die Bestimmungen der §. 37, 38, 41, 46, 47, 50 und 52 des Staatsdienstgesetzes vom 12. October 1832, die Androhung der Entlassung als Disciplinarstrafe, die Suspension, die Verabschiedung und Pensionirung betreffend, auf den Land-Syndicus zur Anwendung kommen, bleibt bis zu einer Uebereinkunft der Ständeversammlung mit der Landesregierung vorbehalten; es muß jedoch der Land-Syndicus die dieserhalb zu treffenden Bestimmungen sich gefallen lassen, und finden dieselben in gleichem Maße auf ihn Anwendung, als ob sie in der vorstehenden Festsetzung der amtlichen Verhältnisse des Land-Syndicus bereits enthalten wären.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 21.

Braunschweig, den 8. November 1833.

- (26.) Verordnung, den mit dem Königreiche der Niederlande über eine gänzliche Freiheit von Abzugs-Steuer der gegenseitigen Unterthanen geschlossenen Vertrag betreffend.

D. D. Braunschweig, den 28. October 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Nachdem zwischen Uns und Sr. Majestät dem Könige der Niederlande, Großherzoge von Luxemburg, eine Uebereinkunft über die gänzliche Aufhebung der Abzugssteuer und der Nachsteuer getroffen ist, welche die nachfolgenden Bestimmungen enthält:

§. 1.

Eben so wie von dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen hiesiger Unterthanen, welche sich im Königreiche der Niederlande niederlassen, eine Abzugssteuer nicht erhoben wird, so soll auch von dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen Königl. Niederländischer Unterthanen, welche in den hiesigen Landen ihren Wohnsitz nehmen, eine Abzugssteuer künftighin und zwar bereits vom 1. Juli d. J. an, nicht erlegt werden.

§. 2.

Von demselben Tage an wird den Unterthanen Sr. Niederländischen Majestät, welchen in den hiesigen Landen, und den hiesigen Unterthanen, welchen in

dem Königreiche der Niederlande Erbschaften oder Legate anfallen, eine gänzliche Freiheit von aller Nachsteuer zugestanden.

§. 3.

Diese Freiheit von der Abzugsteuer und Nachsteuer erstreckt sich jedoch nicht auf andere bestehende Abgaben, welchen die gegenseitigen Unterthanen selbst unterworfen sind, wie z. B. die Erbschaftsteuer und dergleichen;

so wird der Inhalt dieser Uebereinkunft hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und haben Alle, die es angeht, sich danach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 28. October 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz.

Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 22.

Braunschweig, den 19. November 1833.

(27.) Verordnung, den mit der schweizerischen Eidgenossenschaft über eine wechselseitige allgemeine Freizügigkeit abgeschlossenen Vertrag betreffend.

D. D. Braunschweig, den 9. November 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Nachdem zwischen Uns und der schweizerischen Eidgenossenschaft über eine allgemeine Freizügigkeit zwischen den beiderseitigen Staaten die nachstehende Uebereinkunft abgeschlossen worden:

Art. 1.

Alle Vermögensabzüge, welche bisher, von dem aus dem Herzogthume Braunschweig in die schweizerische Eidgenossenschaft oder umgekehrt, aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Braunschweig gehenden Vermögen unter was immer für einen Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

Art. 2.

Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden contrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen ohne Rücksicht auf Vermögens-Exportation entrichtet werden müssen, sind hiedurch nicht aufgehoben.

Art. 3.

Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden contrahirenden Staaten.

Art. 4.

Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatscassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Corporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

Art. 5.

Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögens-Exportation in Betracht genommen werden, so, daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeits-Convention in Wirksamkeit

tritt, daß zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

Art. 6.

Gegenwärtige, im Namen der Herzoglich Braunschweigischen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft zweimal gleichlautend ausgefertigte Convention soll nach erfolgter Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

so wird diese Uebereinkunft, nachdem die darüber ausgestellten Urkunden am 21. des vorigen Monats zwischen den gegenseitigen Gesandtschaften zu Wien ausgetauscht worden, hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht und haben alle, die es angeht, sich danach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 9. November 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special=Befehl.

von Schleinitz.

Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 23.

Braunschweig, den 24. December 1833.

(28.) Verordnung, das Verbot der in Stuttgart erscheinenden Neckarzeitung betreffend.

D. D. Braunschweig, den 16. December 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Nachdem von der Deutschen Bundesversammlung in der 48. diesjährigen Sitzung unterm 15. v. Mts. der Beschluß gefaßt worden:

- 1) Die in Stuttgart erscheinende „Neckarzeitung“ wird auf den Grund des Pressgesetzes vom 20. Sept. 1819 von Bundes wegen unterdrückt und jede Fortsetzung derselben unter jedwedem Titel in allen Bundesstaaten untersagt;
- 2) die Redactoren derselben, Carl Schill und Heinrich Elsner, werden binnen fünf Jahren, vom Tage dieses Beschlusses an, in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden;
- 3) Die Königl. Württembergische Regierung, so wie sämmtliche übrige Bundesregierungen, werden auf:

gefordert, wegen des Vollzugs dieses Beschlusses unverweilt das Nöthige anzuordnen und die Bundesversammlung binnen kurzer Frist von den getroffenen Anordnungen in Kenntniß zu setzen;

so wird derselbe hiedurch zur allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht; auch werden die betreffenden Behörden angewiesen, auf die genaueste Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu achten und etwanige Uebertreter derselben nach Maßgabe der gegen die Verbreitung verbotener Schriften bestehenden Gesetze zur gebührenden Verantwortung zu ziehen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 16. December 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 24.

Braunschweig, den 31. December 1833.

- (29.) Verordnung, die Trennung des Vorwerks Nortenhof von Uefingen und der Gemeinde Steterburg von Thiede, und die Vereinigung von Nortenhof und Steterburg in eine Gemeinde, in polizeilicher Hinsicht betreffend.

D. D. Braunschweig, den 27. December 1833.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Die, in dem Anhange der Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen betreffend, enthaltene Bestimmung, wonach das Vorwerk Nortenhof dem Dorfe Uefingen in polizeilicher Hinsicht beigelegt ist, hat sich besonders in dem Betracht als unzweckmäßig erwiesen, daß beide Ortschaften unter verschiedenen Verwaltungsbehörden stehen, indem Nortenhof zum Amte Wolfenbüttel und Uefingen zum Amte Salder gehört. Eine Veränderung dieser Jurisdictionbeziehungen würde mit mancherlei Schwierigkeiten und Inconvenienzen verbunden sein und es erscheint angemessener, die früher bestandene und durch das gegenseitige enge Verhältniß, in Beziehung auf Domainalverwaltung, Kirchengemeinschaft u. s. w., begründete Vereinigung von Nortenhof mit Steterburg wieder herzu-

stellen, dagegen aber die jetzt stattfindende Verbindung von Steterburg mit Thiede, wozu kein genügender Grund vorhanden, da der erstere Ort in mehrerer Hinsicht einen selbstständigen Gemeindeverband zu bilden fähig ist, wiederum aufzuheben. Wir wollen daher die Trennung des Vorwerks Nortenhof von Uesingen und der Ortschaft Steterburg von Thiede hiedurch verordnen, und bestimmen, daß Steterburg und Nortenhof zu einer Gemeinde in polizeilicher Hinsicht vereinigt werde.

Die Behörden und Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten
Herzogl. Staats-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 27. December 1833.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

2219 029